

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 5. September 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Des Freisinn's Herzensnöte um die Landtagswahlen.

Ed. B. Ein Teil der Freisinnblätter bedeckt die Socialdemokratie mit Ermahnungen, die sich hier und da bis zu Drohungen steigern, doch ja bei den bevorstehenden Landtagswahlen es bei der Unterstützung der Freisinnskandidaten bewenden zu lassen, statt auf Gegenleistungen in Gestalt des Eintretens für socialdemokratische Abgeordnete zu bestehen, da man durch das Letztere nur den Reaktionsparteien Mandate zuspiesen würde.

Dieser nicht ganz unbekanntem Weise — bei welcher Wahl ist sie nicht erlöset? — ist schon socialdemokratischerseits und auch in den paar radikalsten Freisinnblättern, die noch hier und da existieren, allerhand sehr Schlagendes entgegengehalten worden. So namentlich der Einwand, daß wenn der Freisinn es auch bei den diesmaligen Wahlen nicht über sich gewinnt, der schreienden Ungerechtigkeit, daß die über anderthalb Millionen socialdemokratischer Wähler Preußens keine entsprechende Vertretung im Landtage haben, durch thätkräftige Unterstützung wenigstens einer Anzahl von socialdemokratischen Kandidaten entgegenzuwirken, er sich jeden Anspruchs darauf begiebt, als Gegner der Landtags-Reaktion irgendwie ernsthaft genommen zu werden. In der That kann man eine Partei, die Schutzwehr der Demokratie gegen die Reaktion zu sein beansprucht, aber schon bei den Wahlen davor zurückschreckt, die Konsequenzen einer solchen Aufgabe zu ziehen, ruhig ihrem Schicksal überlassen.

Die Frage ist aktuell genug, ihr noch etwas tiefer auf den Grund zu gehen.

Es sind jetzt ungefähr vierzig Jahre her, daß J. W. v. Schweiger seine Broschüre erscheinen ließ, die den Titel trug: „Die Partei des Fortschritts als Trägerin des Stillstands“. Wir wollen hier wieder auf den Inhalt der Broschüre eingehen, noch die Älteren aber den Politiker Schweiger wiedereröffnen. Soviel wird aber als unbestreitbar anerkannt werden müssen, daß der Titel der Broschüre durch die Geschichte der preussischen Fortschrittspartei und ihres Geschäftsnachfolgers, der Freisinnigen, eine Bestätigung erfahren hat, wie sie vielleicht Schweiger selbst seiner Zeit nicht erwartet hat. Selten noch in der Geschichte hat eine Partei, welche die äußerste Linke des bürgerlichen Liberalismus repräsentieren wollte, es so wenig verstanden, sich auf der Höhe der Aufgabe einer solchen zu zeigen, selten eine ihren Erklärungen nach dem politischen und socialen Fortschritt gewidmete Partei sich so fürhlich den wirklichen Fortschrittströmungen im Volke widersetzt, sich so mürrisch — doggend nennen es die Engländer im Hinblick auf die Verdorbenheit gewisser Hundarten — in die durch jene geschaffenen Situationen gefügt, als wie mit sehr wenigen Ausnahmen unsere preussischen Fortschritt-Freisinnigen. Welche geschichtlichen und persönlichen Momente hierfür insbesondere verantwortlich zu machen sind, ist bekannt und braucht deshalb nicht hier noch einmal vorgeführt zu werden.

Die gegenwärtigen Herzensnöte der Freisinnigen, wie sie in den oben erwähnten Preßstimmen zum Ausdruck kommen, sind nur die unvermeidlichen Folgen und Begleiterscheinungen einer politischen Denkweise, der es zur zweiten Natur geworden ist, sich bis zum letzten Moment von den Ereignissen treiben zu lassen, statt darauf bedacht zu sein, das werdende rechtzeitig zu erkennen und nach Möglichkeit einen führenden Einfluß bei der Bestimmung seines Weges auszuüben.

Das Letztere aber ist die einzige Politik, die den Liberalismus der Lage entreißen kann, nichts als den widerstandslosen Sklaven kapitalistischer oder noch unterkapitalistischer Besitzinteressen spielen zu müssen.

In jeder Geschichtsperiode ist es ein großer socialer Gegensatz von fundamentaler Bedeutung, der ihr politisches Leben beherrscht, ihren Parteilämpfen direkt oder indirekt ihren Charakter ausdrückt, der die ihn verkennenden oder ihn vertuschen wollenen Parteien im weiteren Verlauf immer stärker nötigt, zu ihm bestimmte Stellung zu nehmen. Einst war es der Gegensatz zwischen dem an Geburt, Rang, Körperschaft etc. gebundenen Ausbeutungsvorrecht und dem freien Erwerb, der den politischen Kämpfen ihren Stempel aufdrückte. Dieser Epoche entspringt der Liberalismus als politische Partei, aus ihr stammen die meisten seiner Schlagworte, aus ihr seine Ideologie. Damals war er die Partei des werdenden, und nur auf eine solche paßt denn auch sein ideologisches Rüstzeug. Es wird zu einem Sammelstadium höherer Phasen und innerer Mängel, sobald es die Anwendung auf die Kämpfe verliert, die das jeweils social werdende gegen die bevorherrschenden Mächte der Epoche führt.

Das social werdende ist heute der Socialismus, die Befreiung der Arbeit vom Druck der Kapitalherrschaft, die als Bewegung getragen wird durch die Arbeiterklasse, deren politische Partei die Socialdemokratie ist. Allerdings giebt es in Preußen auch noch Stürze zu laufen gegen viel gebundenes Ausbeutungsvorrecht, ist noch allerhand feudalistisches Ueberbleibsel wegzuräumen, das der Entwicklung hemmend im Wege liegt. Aber dieser Kampf ist nur noch eine Nebenaufgabe des großen Kampfes der Epoche, und kann nur mit denselben Kräften geführt, nur mit Aufgebot aller Kräfte gewonnen werden, die den Kampf der schaffenden Arbeiter gegen die Kapitalmacht kämpfen. In einer Zeit, wo die feudalen oder halbfeudalen Einrichtungen Preußens ihre Lebenskraft vornehmlich daraus ziehen, daß sie der kapitalistischen Feudalität fast noch mehr dienen als der Junkerklasse, diese immer mehr die Verbündete, wenn nicht die Leibgarde der Ersteren wird, ist der Kampf gegen das Junkertum leere Deklamation oder Scheingefecht, wenn er nicht als Teil jenes großen Kampfes begriffen und geführt wird. Ein Liberalismus, der nur noch an den Kampf gegen den Feudalismus denkt, wenn er die Schlagworte aus der Heroenzeit der liberalen Bewegung braucht, ist ein blutleeres Gespenst, das überhaupt nicht mehr kämpfen kann, eine je nachdem tragikomische oder verächtliche Erscheinung.

Was aber ist ein Freisinniger anders, der bei der bevorstehenden Landtagswahl vor einer Verständigung mit der Socialdemokratie zittert, weil ihm dies gegebenenfalls die Stimmen von Philistern irgend welcher Art kosten könnte? Gar nicht zu reden von solchen konservativer Wähler denken, also innerlich sogar den Glauben an die Wahrheit des Kampfes aufgegeben haben, den sie als altes Familieninventar von ihren Vorfahren — fast hätten wir gesagt: Großmüttern — ererbt haben.

Die Herzensnöte des Freisinn's im Angesichte der bevorstehenden Landtagswahl reduzieren sich bei genauerer Betrachtung auf die Frage, ob er im letzteren Sinne liberal sein oder einen ernsthaften Versuch machen soll, seinem liberalen Erbe einen modernen Gehalt zu geben. Mit andern Worten: ob er auch hier wieder die Partei der innerlichen Selbstpreisgabe und damit notwendigerweise des praktischen Verrats derjenigen Grundfänge sein will, die dem Liberalismus einst seine weltgeschichtliche Bedeutung gegeben haben, oder ob er in Gemäßheit dieser Grundfänge die Hand dazu bieten soll, in ein Stück Feudalismus Drecke zu legen, das zu beseitigen oder auch nur zu erschüttern er allein längst nicht mehr die Kraft hat.

Vor diese Entscheidung hat das Eingreifen der Socialdemokratie in den Wahlkampf die Freisinnigen gestellt. Ein Herumdrehen um sie ist da nicht möglich, es gilt Farbe zu bekennen. Und wessen Freisinn keine bloße Firma, sondern echtes Metall ist, der kann das nicht bebauern, der muß es im Gegenteil freudig begrüßen, — möchte es selbst dann noch begrüßen, wenn es ausgemacht wäre, daß darüber die Partei einige Mandate verlieren würde. Er muß es begrüßen, weil es die Partei in die Lage versetzt, wieder einmal an einer Aktion von geschichtlicher Bedeutung mitzuwirken, an einem wirklichen Befreiungswerk, an der wirklichen Erfüllung eines Zwang-Akts, der der brave Freisinnsmann, wenn sie im Theater aufgeführt wird, so gern weislich katst.

Ein Zwang-Akt schlimmster Art, ein Stück Erzfeudalismus und Volkwerk für allen übrigen Feudalismus ist das preussische Dreiklassen-Wahlsystem, ein Hohn nicht nur auf die Demokratie, ein Hohn selbst auf den bescheidensten Liberalismus. Erzeugnis eines Gewaltaktes, bei dessen Begehung das zu Recht bestehende Gesetz mit Füßen getreten wurde, ist es eine selbständige Vergewaltigung des ungeschriebenen, aber darum nicht minder lebendigen Rechts der großen Volksmasse. Wer auch nur einen Funken wahren Freisinn's, auch nur eine Spur von demokratischem Empfinden in sich trägt, der muß dieses System mit einem unauslöschlichen Haß hassen und den Augenblick herbeisehnen, wo er ihm einen neuen Schlag versetzen kann.

Daß es noch keinen Schlag bedeutete, wenn mit Hilfe von ihnen bedingungslos gegebenen socialdemokratischen Stimmen ein paar freisinnige Abgeordnete mehr in den Landtag einzögen, sollten selbst die begriffstumpfigsten Führer des Freisinn's einsehen. Es hieße eher eine Legitimierung des Systems. Worauf es aber ankommt, das heißt Drecke in das System legen. Und das erheischt, daß auf die Beteiligung der socialdemokratischen Wähler bei den Urwahlen eine Wahl von Socialdemokraten bei den Abgeordnetenwahlen folgt. Mit dem Eindringen der Socialdemokratie erst wird ein neuer Aufzug in die stürzende Atmosphäre des Landtags einziehen. Läge den Freisinnigen daran, ernsthaft Opposition im Landtag zu machen, dann müßten sie die Socialdemokratie bitten, nur ja auf Wahl von socialdemokratischen Abgeordneten zu dringen, statt, wie sie jetzt thun, zu klagen, die Beteiligung der Socialdemokratie gefährde ihre paar Freisinnsmandate.

Sie begründen ihre Klagen mit dem Hinweis auf die Beschaffenheit der Wähler, die wohl allenfalls einem Freisinnigen, aber keinem Socialdemokraten ihre Stimme geben. Nun, auch gegen diese Schwierigkeit giebt es ein Mittel, und das heißt Erziehung der Wähler. Wie die Partei, so ihre Wähler. Ist die Partei entschlossen, die alte Routine zu durchbrechen, und macht sie die Notwendigkeit davon ihren Wählern klar, dann wird sie auch eine tüchtige Anzahl Wähler mit sich reißen. Wie es in den Wald hinein tönt, so tönt es auch wieder heraus.

Indes da liegt der Hase im Pfeffer. Mit der alten Routine brechen? Auf die so ehrenvolle Rolle verzichten, bald von rechts und bald von links als das kleinere Uebel gewählt zu werden? Auf das so süße Privilegium verzichten, heute gegen die Junker donnern und morgen sich von eben diesen Junkern als ihr Beschützer gegen die Socialdemokratie betrachtet sehen zu können? Das scheint für die führenden Geister des deutschen Freisinn's eine unmögliche Entscheidung.

Aber sie werden um sie nicht herumkommen. Die Socialdemokratie mutet ihnen nichts Unbilliges zu, nichts, was sie nicht bei gutem Willen leisten können. Aber auf das Wenige, was sie verlangt, muß sie bestehen. Wenn aus keinem andern Grunde, so allein schon deshalb, weil es eben für den guten Willen Beweis abzulegen gilt. Für den guten Willen und für die Kraft zur guten That.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. September.

Städtische Brotwucherer.

In Dresden tagten unter dem Vorsitz der Oberbürgermeister Deutler-Dresden und Bad-Strasburg die Vertreter von 100 deutschen Städten, um über den § 13 des Poltarif-Gesetzes vom 25. Dezember 1902 (Aufhebung der Verbrauchsabgaben von 1910 ab) zu beraten.

Nach langer Debatte wurde folgende Resolution angenommen:

1. § 13 des Poltarif-Gesetzes bedeutet einen schweren Eingriff in die Finanzwirtschaft zahlreicher deutscher Gemeinden, für deren Haushalt die Erhebung der in Betracht kommenden Verbrauchs-

abgaben eine der wichtigsten und unentbehrlichsten Einnahmequellen bedeutet.

2. Die Aufhebung dieser Abgaben würde in allen davon betroffenen Gemeinden eine bedeutende Erhöhung der direkten Steuern und damit eine Mehrbelastung des wirtschaftlich schwächeren Teiles der Bevölkerung zur Folge haben, auch vielen Gemeinden die Einführung und Weiterausbildung der gerade diesem Bevölkerungsteil zu gute kommenden Wohlfahrtseinrichtungen wesentlich erschweren, wohl gar unmöglich machen können.

3. Es ist nachdrücklich die Wiederbeseitigung des § 13 anzustreben, und zwar a) dadurch, daß die beteiligten Gemeinden aus ihren Vertretern einen Ausschuß bilden, der beim Reichsanwalt, dem Reichstag und den Bundesratsbevollmächtigten wegen dieser Beseitigung des § 13 mündlich und schriftlich vorstellig wird; b) dadurch, daß die beteiligten Gemeinden in den Bundesstaaten sich zu gemeinsamem Vorgehen bei ihren Regierungen oder nach Befinden bei den Landtagen zusammenschließen und wegen Wiederbeseitigung des § 13 bei ihren Regierungen mündlich und schriftlich vorstellig werden; c) dadurch, daß auf die Vertreter der beteiligten Gemeinden im Reichstag in der Richtung auf Wiederaufhebung des § 13 eingewirkt wird. Zum geschäftsführenden Ausschuß wurden folgende Städte gewählt: Nürnberg, Augsburg, Bamberg, Dresden, Karlsruhe, Ulm, Darmstadt, Weimar, Straßburg, Reg., Mainz, Worms, Göttingen, Wiesbaden, Kassel und Kofen.

Dieser Beschluß ist äußerst charakteristisch für das freigestimmte Bürgerthum. Damit die besitzenden Klassen nicht höhere Steuern zu bezahlen brauchen, soll die Beibehaltung der Lebensmittelabgaben, die kommunale Zuschläge zu den Zöllen darstellten, durchgesetzt werden. Welch nichtswürdiger Hohn, daß dieser Beschluß begründet wird mit der Rücksicht auf — den wirtschaftlich schwächeren Teil der Bevölkerung! Unter den Brotwucher-Städten befinden sich natürlich auch die „freisinnigsten“ Stadtverwaltungen, wie Nürnberg. —

Eine vergleichende Uebersicht der Reichstagswahlen 1898 und 1903 ist neben vom kaiserlichen Statistischen Amt als Sonderabdruck aus dem Vierteljahresschreiben zur Statistik des Deutschen Reiches herausgegeben worden. Sie giebt für sämtliche Wahlkreise eine Vergleichung der Ergebnisse der Hauptwahlen und Stichwahlen für 1898 und 1903; Bevölkerung, Zahl der Wahlberechtigten, die Zahl der Abstimmenden, die Zahl der Wahlkreise, die Zahl der gültigen Stimmen und die für jede Partei abgegebenen Stimmen. In allen Fällen sind den absoluten Zahlen die Verhältniszahlen beigefügt.

Eine zweite Tabelle wiederholt diese Angaben zusammengefaßt für preussische und bairische Regierungsbezirke und Bundesstaaten. Für das ganze Reich lauten die Angaben:

	1898	1903
Bevölkerung	52 279 901	56 387 178
Wahlberechtigte	11 441 094	12 531 248
Abgestimmt haben	7 786 714 = 68,1 Proz.	9 593 794 = 76,1 Proz.
Nicht abgestimmt haben	3 654 380 = 31,9	2 997 454 = 23,9
Gültige Stimmen	7 752 603	9 406 587
Darvon erhielten		
Socialdemokraten	2 107 076 = 27,2	3 010 771 = 31,7
Centrum	1 455 130 = 18,8	1 875 292 = 19,7
Nationalliberale	971 302 = 12,5	1 313 051 = 13,8
Konservative	859 222 = 11,1	948 448 = 10,0
Reichspartei	343 642 = 4,4	333 404 = 3,5
Freisinnige Volkspartei	558 314 = 7,2	542 556 = 5,7
Freisinnige Vereinigung	109 528 = 1,4	243 290 = 2,6
Deutsche Volkspartei	108 528 = 1,4	91 217 = 1,0
Polen	244 128 = 3,1	347 784 = 3,7
Unbestimmte	284 250 = 3,7	344 543 = 3,6
Bund der Landwirte	110 389 = 1,4	118 732 = 1,2
Bauernbund	140 304 = 1,8	111 375 = 1,2
Andere Parteien*)	268 231 = 3,5	248 024 = 2,6
Unbestimmt	92 637 = 1,2	55 249 = 0,6
Verpöhlert	13 846 = 0,2	11 884 = 0,1

*) Kaiser, Masuren (nur 1898), Nationalsoziale, Dänen, Wollen, Hessische Rechtspartei (nur 1898), Hessische Volkspartei (nur 1898), Westpreussische Rechtspartei und Schach-Polzeiger.

Die Politik im Kopierbuche.

Herr Kommerzienrat Juchaczewski in Magdeburg schreibt der „Magdeburger Zeitung“:

„Wie ich aus meinen Ausgabebüchern und meiner Korrespondenz feststellte, habe ich niemals Herrn Dr. Giesebrecht einen Beitrag gegeben. Dieser Herr ist zum ersten Male im Jahre 1901 an mich herangetreten; darauf habe ich es in meinem Briefe vom 7. Juni 1901 abgelehnt, mich an seiner Propaganda, betreffend Abänderung des bestehenden Reichstags-Wahlrechts, zu beteiligen. Wenn ich bisher geschwiegen habe, so ist der Grund der, daß ich verfuhr habe, durch Rücksicht auf Herrn Dr. Giesebrecht festzustellen, ob die Ausführung meines Namens in der Liste des „Vorwärts“ aus einem Versehen herrührt oder auf eine Fälschung zurückzuführen ist. Herr Dr. Giesebrecht ist aber noch für einige Zeit auf Reisen und kann erst nach seiner Rückkehr die Nachforschungen vornehmen.“

Es ist also außerordentlich schwer für so einen Politiker, festzustellen und anzugeben, wie er zum Reichstags-Wahlrecht steht. Er muß erst in seinen Kopierbüchern nachsehen und andre Leute fragen, wie er sich verhalten hat. Wenn das Reichstags-Wahlrecht als eines der wichtigsten politischen Rechte erscheint, der sollte wohl auch ohne Kopierbücher jederzeit wissen, welche Stellung er dazu einnimmt oder früher eingenommen hat. —

Kaiserbesuch und Armenverwaltung. Das Thun und Treiben zu dem bevorstehenden Besuch des Kaisers in Halle, Delitzschen und Ausschnitten der Häuser, das Unsummen kostet, steht im schroffen Gegensatz zu dem Handeln der Armenverwaltung. Da verlangte vor längerer Zeit der siebzehnjährige Moler Doye, ein arbeitsfähiger Mann, der bisher von einem Gastwirt aus Gnade und Barmherzigkeit aufgenommen und versorgt worden war, Aufnahme in ein Asyl. Nachdem der Mann bei der Armenverwaltung vorstellig geworden war, teilte er seinem bisherigen Wohlthäter mit, man habe ihm erklärt, ihn seitens der Armenverwaltung erst dann aufnehmen zu können, wenn

er obdachlos sei und auf der Straße liege. Der Gastwirt, der bisher für den alten Mann liebevoll gesorgt hatte, ließ dann seinen bisherigen Pfleger aus dem Hause entlassen, dann telephonierte er an die Armenverwaltung, in der Desfauerstraße befindet sich ein 70jähriger Obdachloser, und erst dann wurde der alte Mann durch die Polizei abgeholt. Tags darauf starb Luge in der Klinik und erst nachdem kamen Vertreter der Armenverwaltung zu dem bisherigen Pfleger des alten Mannes, um Ermittelungen anzustellen, ob Luge auch unterstützungsbedürftig gewesen sei. Natürlich als man dann das Geld des nunmehr Verstorbenen schilderte, gab der Vertreter der Armenverwaltung zu, daß Luge sicher unterstützungsbedürftig gewesen sei und die Sache peinlich berühre. — Hier namentliches Geld und auf der andern Seite 50 000 R. und weitere Unsummen zur Ausschmückung für das Auge.

Kaiser und Stadtverwaltung. Der Regier Gemeinderat hat über das kaiserliche Telegramm erregte Debatten gepflogen. Es wurde erklärt, daß keine Typhusepidemie bestesse und Einspruch dagegen erhoben, daß die Wasserleitung verunreinigt sein soll. Der Gemeinderat beschloß, eine Eingabe an den Kaiser zu richten. —

Die Wahrheit über alles! Bürgerliche Blätter berichten: „In dem als Manuskript gedruckt und der Schulbehörde zur Begutachtung vorgelegten Entwurf eines Lehrbuches (bearbeitet von einer Kommission Breslauer Rektoren und Lehrer) waren auch, einer oft erhobenen Forderung gemäß, Proben aus dem Inhalte unserer preussischen Verfassung aufgenommen worden, z. B. jene monumentale Sätze: Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei — Die persönliche Freiheit wird gewährleistet — Das Eigentum ist unverletzlich — Alle Preussen sind vor dem Gesetz gleich, Standesvorzüge finden nicht statt usw. Was geschah? Die obrigkeitliche Zensur strich diese Verfassungsartikel. Erschienen ihr etwa diese Sätze staatsgefährlich?“

Staatsgefährlich wohl nicht, aber — wahrheitswidrig: denn weder ist in Preussen die Wissenschaft und ihre Lehre frei, noch ist die persönliche Freiheit gewährleistet, noch sind alle Preussen vor dem Gesetz gleich. Wir können die Obrigkeit nur loben, wenn sie nicht will, daß die Schul-Besucher Unwahrheiten einathmen. —

Majestätsbeleidigungskurs. Wegen der angeblich majestätsbeleidigenden Notiz der „Leipziger Volkszeitung“ ist nun auch Genosse Schöpflin, Redakteur der „Volkszeitung für das Müritzenland“, in Haft genommen worden. Auch diese Zeitung ist ein Kopfsblatt der „Leipziger Volkszeitung“, die den fertigen Satz dieses Blattes übernimmt. Es sollen also nun drei Mann wegen einer völlig gleichgültigen Mitteilung in Haft sein. —

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die Soldatendemonstration in Triest scheint nach neueren Nachrichten doch umfangreicher gewesen zu sein, als die ersten Meldungen erkennen ließen. Der Triester „Piccolo“ berichtet über den Vorgang:

„In der Via Donata demonstrieren gestern ungefähr 20 Soldaten des 97. Infanterie-Regiments, indem sie mit lauter Stimme das Arbeiterlied sangen und zeitweise in die Rufe ausbrachen: „Wir wollen nach dem 30. September nicht mehr dienen!“ Diese außergewöhnliche Demonstration hatte begreiflicherweise eine große Menschenansammlung zur Folge und der größte Teil derselben brachte seine Sympathien mit den Soldaten laut zum Ausdruck. Ein Feldwebel desselben Regiments, der zufällig des Weges kam und die randalierenden Soldaten bemerkte, näherte sich denselben und forderte sie auf, den Gesang einzustellen. Wohl gehorchten die Soldaten dem Befehle, doch als die Menge zu johlen und zu pfeifen anfang und gegen den Feldwebel eine drohende Haltung einnahm, folgten sie den stürmischen Aufforderungen der Menge, die Demonstration fortzusetzen; sie begannen neuerdings und noch ärger zu lärmen und tiefen Protestrufe aus gegen den Kriegsminister. Ein Soldat warf das Bajonett und die Kappe auf das Straßengestühl; andre Soldaten forderten mit drohenden Geberden den Feldwebel auf, sich den Demonstranten anzuschließen und mit ihnen zu ziehen. Der Feldwebel, welcher den Säbel gezogen und die Soldaten mehrmals aufgefordert hatte, sich ruhig zu verhalten und unzugänglich in die Kaserne zu begeben, mußte mit Rücksicht auf die drohende Haltung der Soldaten und der Volksmenge den Säbel wieder einstecken und sich rasch entfernen. Ohrendröhnendes Schreien und Pfeifen begleiteten sein Fortgehen. Am stimmten die Soldaten wieder das Arbeiterlied an und zogen im alten Stadteile, gefolgt von einer riesigen Menschenmenge, die sich an den Demonstrationen lebhaft beteiligte, herum. Inzwischen war der Feldwebel in die Kaserne geeilt und hatte dort den Vorkfall gemeldet, worauf er mit einer verstärkten Patrouille mit aufgezogenem Bajonett in den alten Stadteile eilte, um die renitenten Soldaten zu verhaften und in die Kaserne zu eskortieren. Als die Soldaten vom Herannahen der Patrouille Kenntnis erlangten; zerstreuten sie sich rasch und suchten sich in den Häusern zu verstecken. Dem Feldwebel gelang es jedoch, sechs der demonstrierenden Soldaten auszuforschen und festzunehmen, und sie in die Kaserne zu eskortieren.“

England.

Der angebliche Brief eines deutschen Professors, den kürzlich der „Daily Express“ zu Gunsten der Chamberlain'schen Schutzpläne anspielte, wird in der englischen Presse höhnisch bespöttelt. Besonders macht sich der radikale „Morning Leader“ unter dem Titel „Ein alter Trick“ über den Versuch des „Daily Express“ lustig, durch derartige erfindene Briefe politischen Bauernfang zu treiben. „Eines unserer wenigen bedeutenden Morgenblätter“, schreibt der „Morning Leader“, „das sich durch seine eifrige Verfechtung der Chamberlain'schen Vorschläge ausgezeichnet hat, brachte einen Brief eines deutschen Professors zum Abdruck, in dem behauptet wurde, daß deutsches Geld die Hände des Cobden-Clubs im Kampfe für den Freihandel stärken solle. Dieser absurde Schwindel hat nicht einmal den Vorzug der Neuheit. . . Demselben Geiste entsprangen während des südafrikanischen Krieges die Behauptungen, erstens, daß Hr. Krüger von den englischen Pro-Boeren bezahlt würde, und zweitens, daß die letzteren aus dem Schatze, den der Ex-Präsident aus Lorenzo Marques mitgenommen haben sollte, Unterstützung empfangen.“

Auf die Aufforderung, mit dem Namen des Briefschreibers herauszutreten, hat der „Daily Express“ bisher nicht geantwortet. Er beschränkt sich auf Citate aus Berten Treitschkes, die zum Teil bis in das Jahr 1876 zurückdatieren. —

Dänemark.

Weitere kommunale Wahlsiege der Socialdemokratie werden gemeldet aus Rästebad auf Seeland, wo bei den Wahlen zur Steuerkommission die socialdemokratische Liste mit 308 bis 375 gegen 140 bis 127 Stimmen der Rechten und Linken siegte und 5 Socialdemokraten und 1 Radikalliberaler gewählt wurden; ferner aus Fredericia, wo 6, aus Sclanderborg, wo 2, und aus Nybøbing auf der jütländischen Insel Mors, wo 1 Socialdemokrat gewählt wurde. In Holbæk wurde die antisocialistische Liste von der der Socialdemokraten und radikalen Linken besiegt und zwei unserer Parteigenossen und zwei Radikale gewählt. In Middelfart siegte die socialdemokratische Liste über die der Linken sowie über die Bürgerliste mit starker Majorität. Dagegen haben die antisocialistischen Bürgerlisten in Svendborg, Kallundborg, Roskilde und andern Städten über die socialdemokratischen siegt. —

Norwegen.

Das Ergebnis der Wahl in Kristiania zeigt, wenn man auf einen Vergleich mit den Ergebnissen der früheren Wahlen verzichtet, daß das Klassenbewußtsein und das politische Bewußtsein bei den Arbeitern der norwegischen Hauptstadt noch sehr wenig entwickelt ist, sonst hätte Kristiania unbedingt der Socialdemokratie gehören. Nicht daß die Arbeiter in ihrer großen Masse für andre Parteien

stimmten, aber sie sind völlig politisch indifferent und immer träge. Das beweist der Umstand, daß die ca. 16 000 Wähler, die ihr Wahlrecht nicht ausgeübt haben, größtenteils in den Arbeiterbezirken der Stadt wohnen. Immerhin kann festgestellt werden, daß die Socialdemokratie von Wahl zu Wahl Fortschritte macht, so daß sie in der Zukunft des Sieges sicher sein kann. Im Jahre 1887 wurden nur 667 socialdemokratische Stimmen abgegeben, 1900 4035, nur aber 6701, also diesmal ein Zuwachs von 2668 Stimmen. Die Stimmenzahl der Rechten ist seit 1900 von 11 538 auf 12 738, also um 10 Proz. gestiegen; dagegen hat die Linke in der Hauptstadt einen Rückgang von 8629 auf 5406 Stimmen, also um 37 Proz. zu verzeichnen.

Rußland.

Nachträgliches zum Generalfreilich in Odessa. Die „Neuesten Nachrichten“ des jüdischen Arbeiterbundes in Rußland bringen Einzelheiten über die Forderungen und Erzeugnisse der streikenden Arbeiter in Odessa. Danach wären bloß die kleineren Forderungen bewilligt, während die übrigen: Achtfundentag, Lohnerhöhung, die Errichtung hygienischer Arbeiterwohnungen, dem Ministerium zur Begutachtung vorgelegt wurden. Fast vollkommen erfüllt wurden nur die Forderungen der Arbeiter zweier großer Unternehmungen; die Fabrik für landwirtschaftliche Geräte „Gepha“ hat sogar den Achtfundentag bewilligt. Am schlechtesten erging es den Matrosen, die durch Flottenmatrosen aus Sedatopol ersetzt worden sind und noch gegenwärtig im Streik stehen, sowie den Straßenbahn-Bediensteten, an deren Stelle neue eingestellt wurden. Ein Streik der Wachtleute und Hausmeister (letztere sind in Rußland fast alle Geheimagenten) war auch geplant und auch bereits in allen Einzelheiten vorbereitet, er kam jedoch nicht zum Ausbruch, weil die Behörden ihm durch eine Erhöhung des Monatslohnes um 5 Rubel zuvorzukamen.

Jetzt nach dem Streik ist die Regierung eifrig bemüht, die Stimmung unter den Arbeitern lenken zu lernen und sich an sie anzubiedern. In Odessa weist gegenwärtig der Direktor des Polizeidepartements Kapudin. Er empfing eine Abordnung von vier Arbeitern, die um die Freilassung der arretierten Genossen baten. Er erfüllte sofort ihren Wunsch und benutzte diese Gelegenheit, um einbringlich zu betonen, daß sich die Regierung den ökonomischen Forderungen der Arbeiter gegenüber gar nicht ablehnend verhalte und daß nur die Socialdemokraten, diese „politischen Störenfriede“, schuld daran wären, wenn die Regierung nicht in der Lage sei, für die Arbeiter etwas zu thun. Er wies auf Ed. Bernstein hin, der zweifellos der aufrichtigste Freund der Arbeiterschaft sei, und empfahl ihnen, dessen Schriften zu lesen (diese sind nämlich in Rußland von der Censur freigegeben). Zum Schluß forderte er einen der Arbeiter auf, ihm einen Bericht über die Arbeiterbewegung auszuarbeiten.

In der Arbeiterschaft macht sich abermals eine tiefgreifende Gärung bemerkbar und man erwartet eine Wiederholung des Generalfreilichs. Kosaken halten noch immer die Stadt besetzt. —

Serbien.

Zwischigkeiten unter den Trägern des vornehmsten Rodes. Verschiedentlich ist schon über die Schändensherrschaft berichtet, die in Serbien die an der Verschönerung gegen den letzten Obrenowitsch beteiligten Offiziere ausüben und über die Spannung, die zwischen diesen und dem an den Vorgängen im Belgrader Konak nicht beteiligten Teil des Offiziercorps entstanden ist. In letzter Zeit hat sich dieser Gegensatz noch verschärft. Der „Nat.-Ztg.“ wird darüber berichtet: „Nachdem sich Europa mit der Tsaisache abgefunden hatte, daß König Peter I. nicht mit der Strenge des Befehles gegen diejenigen vorgehen könne, welche ihm durch ihre blutige That den Weg zum Throne geebnet, schloß sich die Verschönerer nicht nur vor Bestrafung sicher, sondern sie schauten sogar nach einem Lohn für ihr Verbrechen aus. Einigen ist, wie bekannt, dieser Lohn auch in der That geworden, obgleich man anerkennen muß, daß der neue Herrscher im allgemeinen sehr vorständig und besonnen verfuhr und sich wenigstens noch außen hin nichts vergab. Von dem Terrorismus der Verschönerer, von ihrem stürmischen Drängen nach Macht und Einfluß, vermochte er sich nicht freizumachen. Das wäre ihm nur möglich gewesen, wenn er von vornherein im Offiziercorps eine genügend starke und zuverlässige Partei gefunden hätte, die, von der Korruption noch nicht erreicht, sich dem Könige bedingungslos zur Verfügung gestellt hätte. Sei es aus Haß gegen das Regime der Obrenowitsch, sei es aus Furcht vor den Verschönerern, kamen indes die zweifellos vorhandenen und hauptsächlich in der Provinz erkennbaren Unterströmungen im Offiziercorps zunächst nicht zum Durchbruch. König Peter mußte annehmen, daß Oberst Maschin und Genossen die ganze Armee auf ihrer Seite hätten, und es blieb ihm daher nichts anderes übrig, als sich mit den Verschönerern zu halten. Der Einfluß, den diese hierdurch zu üben vermochten, hat nun die innere Spaltung im Offiziercorps zum offenen Ausbruch gebracht und dadurch eine höchst kritische Lage herbeigeführt. Die Denkschrift, welche die an der Ermordung des früheren Königs paares unbeteiligten Offiziere gegen die Bevorgung der Verschönerer an den König zu richten im Begriff stehen, soll diesem am 9. September, also dem erst kürzlich zum Nationalfeiertag proklamirten Geburtstag des Kronprinzen Georg, überreicht werden. Darin verlangen die nicht bloßgestellten serbischen Offiziere kategorisch die Entfremdung der 68 Verschönerer aus dem Heere, widrigenfalls sie um ihre sofortige Pensionierung einzulommen erklären. Das wollen aber bloß die Besonnenen und Gemäßigten. Die jüngeren Offiziere gehen weiter. Sie sind der Ansicht, daß es den König den Klauen der Vordgefallen „gewaltsam“ zu entreißen gilt und daß dies nur durch ein neues Blutbad fertiggebracht werden könne. Die Sache drängt zur Entscheidung.“

Inzwischen ist bereits die Entscheidung gefallen, und zwar, wie vorausgesehen war, zu Gunsten der an der Ermordung des Obrenowitsch beteiligten Verschönerer; denn es ist eine lächerliche Fiktion, daß Peter I. von Gottes Gnaden die Herrschaft der Verschönerer abzuschütteln strebt, vielmehr ist es in der letzten Zeit immer wahrscheinlicher geworden, daß er schon vor der Schreckensnacht „den Verschönerern in Verbindung gestanden und ihnen Straflosigkeit zugesichert hat. Nicht die Terroristen, sondern die gegen deren Herrschaft sich aufhebenden Offiziere wandern denn auch ins Gefängnis, wie die nachfolgenden beiden Telegramme der „Bosn. Ztg.“ und des „Berl. Tagebl.“ melden:

Belgrad, 4. September. In Risch wurden heute nacht 38 Offiziere verhaftet, die ein Komplott gegen den Generaladjutanten Oberst Popowitsch und gegen die übrigen Verschönerer, die jetzt mit dem König in Risch weilen, geplant hatten. Die Leiter des Komplotts waren die Hauptleute Petschitsch und Solowitsch. Sie sollen auch in Belgrad Mitverschönerer haben.

Wien, 4. September. Aus Belgrad wird gemeldet: Auf Grund einer in Risch vorgefundenen Proklamation des serbischen Offiziercorps gegen die Königsräuber wurden in Risch zweiundzwanzig Offiziere, welche die Proklamation unterzeichnet hatten, verhaftet, darunter Oberleutnant Peschitsch, ein Neffe des in der Nacht vom 11. Juni schwer verwundeten Ministers des Innern Welimir Todorowitsch. Weitere Verhaftungen von Offizieren stehen bevor. —

Wien, 4. September. Nach Meldungen der Blätter aus Belgrad sollen die verhafteten Offiziere Unterschriften Gleichgesinnter gesammelt haben, um von dem Könige die Bestrafung der Räuber des Königs Alexander zu verlangen, da sie sich sonst selbst mit diesen Offizieren auseinandersetzen müßten. Bisher sollen 700 Offiziere die im Umlauf befindlichen Vogen unterzeichnet haben. — Aus Sofia melden die Blätter, die Sobranje sei aufgelöst; die Neuwahlen würden in den nächsten Tagen stattfinden. —

Türkei.

Zur Lage in Macehonia. Nach türkischen Berichten aus den Wilajets Adrianopel und Konastir sind über 250 Einwohner des

Dorfs Penke, Distrikt Wize, Sandschal Kirlije, welche sich den Banden angeschlossen hatten, in das Dorf zurückgekehrt. Bei einem Zusammenstoß bei Blacho-Kliffura (Kaza Kasiaria) verloren die Komitatshis 200 Mann und ließen viele Bomben und Gewehre auf dem Plage zurück. In der Ortschaft Ischan, Distrikt Lohrida, fand ein Zusammenstoß mit einer vom Popen Wassil befehligten Bande statt, wobei zwei Bulgaren getötet wurden; die übrigen Mitglieder der Bande ergriffen die Flucht.

Die türkischen Streitkräfte in Macehonia sollen nach einer Konstantinopler Meldung des „Daily Telegraph“ auf 350 000 Mann gebracht werden. Das gesamte rollende Material der Anatolischen Bahn wird gegenwärtig für Truppentransporte in Anspruch genommen.

Eine neue Personalsteuer für männliche Personen, die von 10 bis zu 2000 Laster auf den Kopf beträgt, ist von der türkischen Regierung eingeführt worden. Die Bevölkerung wird für die Veranlagung zu der neuen Steuer in acht Klassen eingeteilt. —

Landtagswahl.

Freisinn und Landtagswahl.

Zu dem Bericht über die Verhandlungen des Parteitages der Freisinnigen Volkspartei in Berlin sagt die freisinnige „Berliner Zeitung“:

„Dieser parteioffizielle Bericht vermeidet jedes Eingehen auf die brennende Frage des Wahlkompromisses mit der Socialdemokratie. Daß die Frage überhaupt nicht diskutiert worden ist, halten wir für ausgeschlossen. Warum dann aber kein Wort darüber für die Wählerchaft, die diese Frage weit mehr interessiert als alle Lebensarten von „zielsicherer Kampfbereitschaft“? Die Resolution selber ist ebenfalls so nichtsagend wie möglich. Man kann es als die Pflicht aller Berliner Parteigenossen ansehen, zunächst für die Behauptung der neun Landtagsmandate alle Kraft einzusetzen und doch einem von Parteileitung zu Parteileitung abzuschließenden Wahlkompromiß nicht principiell abgeneigt sein. Will aber die Resolution belegen, daß jedes freiwillige Preisgeben eines Berliner Mandats von vornherein ausgeschlossen sein soll, so hätte man das deutlich ausdrücken sollen. Da die neun Berliner Mandate der Partei ziemlich sicher sind, könnte man diese Haltung begreifen, freilich nur vom Standpunkt einer kirchlich-politischen, die sich um das Schicksal der Partei im Lande keine Sorge macht.“

Höchst bedauerlich ist die Stellungnahme des Parteitages gegen die Verlegung der Wahlstunde auf 5 Uhr. Bleibt es bei der Vormittagsstunde, so werden nicht nur, wie der Parteitag zu glauben scheint, die Arbeiter, sondern gerade zahlreiche Wähler aus der ersten und zweiten Klasse der Wahl fernbleiben. Daß über die Ausdehnung der Wahl bis „kurz vor Mitternacht“ gesagt wird, ist eine lächerliche Ueberschätzung, die nur die Folge haben wird, daß zahlreiche Wähler auch am Vormittag die Wahl schwänzen werden.“

Die Berliner „Volks-Zeitung“ drückt unsere Bemerkungen zu den Beschlüssen vollständig ab und bemerkt in Anknüpfung daran: „Wie es scheint, hat sich der freisinnigen Partei-Dringlichkeit seit der schauerlichen Reichstagswahl-Niederlage in Berlin eine Art Galgenhumor bemächtigt, der es den Herren gestattet, mit dem Schicksal der Partei offen va banquo zu spielen.“

Die „Freisinnige Zeitung“ meint, wir seien enttäuscht über die Beschlüsse ihres Parteitages. Wenn wir es wären, dann nur für die Freisinnigen, nicht aber für uns. Politische Enttäuschungen können nur politische Illusionäre erleben; wir haben unsere Rechnung aber nicht auf die Freisinnigen, sondern nur auf uns selber gebaut. Die Arbeiterklasse wird mit der Reaktion fertig werden; wenn nicht heute, so morgen. Ein bürgerlicher Liberalismus könnte den Kampf abtärzen helfen; durchzämpfen werden wir ihn auch allein.

Im freisinnigen Wahlverein des 6. Berliner Wahlkreises hielt Herr Kopch einen Vortrag, worin er nach der „Freisinnigen Ztg.“ sagte:

„Die Beteiligung der Socialdemokratie an den Landtagswahlen sei nur dann ein Fortschritt, wenn es der Socialdemokratie darauf ankomme, die Reaktion zu schwächen, nicht aber darauf, Mandate der linksstehenden Parteien aus einer Hand in die andre zu spielen. Redner wandte sich entschieden gegen den in einzelnen Preisorganen verlaublichen Vorschlag, in Berlin der Socialdemokratie das eine oder andre Mandat der Freisinnigen Volkspartei abzutreten.“

In der Diskussion verfuhr, so schreibt die „Freisinnige“, ein Herr Throm die Partei zu „verunglimpfen“. Der Vorsitzende wies ihn scharf zurecht und bemerkte, daß derselbe wahrscheinlich gar nicht zur freisinnigen Volkspartei gehöre, jedenfalls nicht im sechsten Wahlkreise seinen Wohnsitz habe.

Der Mann hat wahrscheinlich den Freisinnigen Freisinn beibringen wollen; aber damit hat er bei der Sorte kein Glück.

Den Beschluß des freisinnigen Parteitages über den Beginn der Wahl versucht die „Freisinnige Zeitung“ in einem umfangreichen Artikel zu verteidigen, worin sie bemerkt: „Bei einer Festsetzung auf 5 Uhr kann es vorkommen, daß der Wahlakt der dritten Klasse sich bis 11 Uhr abends oder gar darüber hinauszieht und die Wähler der zweiten und ersten Klasse erst gegen Mitternacht oder vielleicht überhaupt nicht mehr zur Wahl gelangen. Denn eine Ausdehnung des Wahlaktes über Tagesanbruch ist unzulässig.“

Wo steht denn das, daß der Wahlakt nicht über Mitternacht ausgedehnt werden dürfe? Weder in der Wahlverordnung noch im Reglement steht davon ein Wort.

Worum es den Freisinnigen in Wirklichkeit zu thun ist, zeigt der Schluß des Artikels:

„Der Parteitag der Freisinnigen Volkspartei hat mit Recht eine Festsetzung auf 5 Uhr nachmittags, wie sie von der Socialdemokratie aus leicht ersichtlichen Gründen beantragt wird, für unannehmbar erklärt. Man wird in den Großstädten die Wahlen beginnen lassen müssen entweder wie früher um 9 Uhr morgens oder um 2 Uhr nachmittags.“

Ge wis sind unsere Gründe leicht ersichtlich und sie müßten für jeden, dem es um die Teilnahme der Arbeiter an der Wahl ernst ist, auch selbstverständlich sein: Wir verlangen die Festsetzung einer Wahlstunde, die den Arbeitern die Wahlbeteiligung ohne zu große Opfer möglich macht, und das wollen offenbar die Freisinnigen zu verhindern suchen.

Welches Vergnügen das Verhalten der Freisinnigen den Reaktionen macht, zeigt eine Auslassung der „Deutschen Tageszeitung“. Sie schreibt:

„Der Wortworts ist durch den gestern mitgeteilten Beschluß des freisinnigen Parteitages für Berlin ziemlich unangenehm berührt. Er droht noch einmal damit, daß die Socialdemokraten die Freisinnigen beim Kampfe gegen die Reaktion vollständig im Stich lassen würden, wenn ihnen keine Mandate überlassen würden. Diese Drohung haben wir in den letzten Wochen unendlich oft vernommen. Sie scheint aber auf die Freisinnige Volkspartei absonst nicht gewirkt zu haben. Daß sie bis zum Wahltag die gewünschte Wirkung noch erzielen werden, ist kaum anzunehmen. Der Freisinn weiß zu gut, daß solche Drohungen niemals ganz ernst gemeint sind.“

Die „D. Tageszeitung“ lernt die Freisinnigen sehr gut und weiß, daß des Freisinnigen Hoffnungen wirklich in dieser Richtung gehen; sie hat deshalb das Bestreben, die Freisinnigen in diesem ländlichen Optimismus, daß sie schon noch mit einem blauen Auge davontommen werden, zu bestärken, weil dabei der Weizen der Reaktion gedeiht.“

Stellungnahme zu den Landtagswahlen.

Die Kreisversammlung für Landsberg-Soldin beschloß, durch Aufstellung eigener Wahlmänner an der Landtagswahl teilzunehmen.

Die Konferenz des 14. hannoverschen Wahlkreises beschloß:

„Die Konferenz ist von der Notwendigkeit der Beteiligung an den Landtagswahlen überzeugt, bedauert jedoch, keine bestimmte Stellung einnehmen zu können, da der 14. Reichstags-Wahlkreis

in drei verschiedene Landtagswahlkreise getrennt ist. Die Konferenz sieht sich daher genötigt, den einzelnen Kreisen lediglich eine eingehende Prüfung der Beteiligung nach vorheriger Berichterstattung des Provinzial-Agitationskomitees zu empfehlen.

Der Beschluß für den 19. hannoverschen Kreis empfiehlt „auf Grund des Parteitagbeschlusses in Mainz und des Beschlusses der preussischen Landtagswahl-Konferenz vom 27. April ds. J. den Genossen im Landtagswahlkreise Lehe-Gesestmünde, mit eignen Wahlmännern in die Landtagswahl einzutreten. Kommt es bei der Urwahl zu einer Stichwahl, in der die Socialdemokratie ausfällt und ein wirklich liberaler Kandidat einem solchen andrer Parteien gegenübersteht, so ist im allgemeinen für den liberalen Kandidaten zu stimmen. Ueber das Verhalten bei der Abgeordnetenwahl hat das Wahlkomitee des Kreises sich mit dem Central-Wahlkomitee in Verbindung zu setzen.“

Zur Landtagswahl in Frankfurt a. M. giebt das Wahlkomitee der demokratischen und der Fortschrittspartei in der „Frankf. Ztg.“ bekannt, es werde in auswärtigen Blättern fälschlich verbreitet, die demokratische Partei beabsichtige den freistimmigen Abgeordneten Karl Fuld fallen zu lassen, den Socialdemokraten eines der beiden Frankfurter Mandate zu überlassen und sich mit ihnen zu verbinden. Diese Angabe sei selbstverständlich aus der Luft gegriffen und entbehre jeder Spur einer Grundlage. Demokratie und Fortschritt treten gemeinsam in den Wahlkampf ein für die bisherigen Abgeordneten Fuder und Fuld und haben ein gemeinschaftliches Wahlbureau errichtet.

Bündlerwünsche an den Landtag.

Der Bund der Landwirte veröffentlicht offiziell „Grundzüge für die Stellungnahme bei den Wahlen zum preussischen Landtag“.

Zuerst wird verlangt, daß der Landtag seinen Einfluß auf die preussische Regierung geltend macht, damit diese für Vorlage einer Novelle zum Vorfengesetz im Reichstage eintrete in der Richtung:

- a) der gesetzgeberischen Definition des Begriffs „börsenmäßiger Terminhandel“;
 - b) Einführung des Deklarationszwanges für sämtliche an der Börse abgeschlossenen Geschäfte;
 - c) Einführung von Strafbestimmungen für Uebertretung der gesetzlichen Bestimmungen.
2. Reorganisation des Viehwesens.
- a) Beseitigung derjenigen Einrichtungen auf den Schlachtviehhöfen, welche lediglich eine für die Konsumenten fleischverwertende Wirkung ausüben und dadurch gleichsam eine verschleierte Schlachtsteuer bilden. (Hierzu gehört insbesondere die Revision der Bestimmung des preussischen Schlachtgesetzes, wonach die Schlachthaus-Gemeinden die Gebühren für die Benutzung des Schlachthauses bis zur Höhe einer Prozentigen Miete aus dem Anlagelapital bemessen dürfen. Ferner: Aufrechterhaltung des im preussischen Ausführungsgesetz zum Fleischbeschaugesetz für den 1. Oktober 1904 ausgesprochenen Verbotes der Gebührenerhebung für Kadaveruntersuchung des in die Schlachthausgemeinde eingeführten, am Schlachtort bereits vorrichtsmäßig untersuchten Fleisches.)
 - b) Schutz der deutschen Viehzucht. (Aufrechterhaltung der bestehenden und eventuell weitere Durchführung wirksamer Schutzmaßnahmen gegen die Einschleppung von Seuchen aus dem Auslande.)
 - c) Zweckmäßige Durchführung des Fleischbeschau-Gesetzes, insbesondere in den Richtungen:
 1. Vermeidung ungleichmäßiger Ausführung der Fleischbeschau in den einzelnen Provinzen und Bezirken des preussischen Staates.
 2. Vermeidung imparitätlicher Behandlung bei der Kontrolle inländischer und ausländischer Fleischprodukte. Die Kontrolle des ausländischen Fleisches hat mit der gleichen Genauigkeit und Schärfe zu erfolgen, wie die Inlandskontrolle.
 3. Ergänzung der Fleischbeschau-Gesetzgebung durch obligatorische Schlachtvieh-Versicherung mit Staatszuschuß.
 4. Förderung eines systematischen Ausbaues der Verkehrswege im Interesse der gesamten inländischen Produktion.
- a) Grundsätzliche Ausgestaltung des gesamten Tarifwesens für Eisenbahnen und Wasserstraßen, entsprechend den Bedürfnissen der vaterländischen produktiven Arbeit. (Insbesondere: Beseitigung der bestehenden einseitigen Tarifbegünstigungen für die Wasserstraßen und Verrückung derjenigen Tarifgestaltungen und Verwaltungsmassregeln, durch die eine unwirtschaftliche, die heimische Produktion benachteiligende Einfuhr ausländischer Erzeugnisse erleichtert wird.)
- a) Verrückung der zur Zeit geübten, ungleichmäßigen Berücksichtigung der Interessentengruppen beim Ausbau der verschiedenen Verkehrswege (einerseits bei Wasserstraßen, andererseits bei Post- und Kleinbahnbauten) namentlich hinsichtlich der im letzten Falle bisher stets geübten stärkeren Heranziehung der Abzogenen zur Tragung der Kosten der Herstellung dieser kleineren, speziell dem Mittelstand und der Landwirtschaft dienenden Verkehrswege.
 - b) Verrückung der Eisenbahn-Tarife, welche dem Kleinbahnverkehr aus den bestehenden Betriebsvorschriften und aus den Maßnahmen der Staatsverwaltung (Uebergangsverkehr, Tarifierung usw.) zur Zeit entstehen.
 - c) Der Bund der Landwirte muß sich nach wie vor gegen den Neubau großer Wasserstraßen so lange erklären, als den vorstehend zu a und b entwickelten Forderungen nicht ausreichend Rechnung getragen worden ist, als ferner nicht die nachstehend zu Punkt 4 verlangten Garantien gegen die Schädigung der landwirtschaftlichen Abzogenen an solchen Wasserläufen erbracht worden sind, und als drittens nicht eine dem Ausbau neuer großer Wasserstraßen in der Kapitalauswendung äquivalente Förderung des Ausbaues des lokalen Verkehrsnetzes gleichzeitig stattfindet.
4. Umfassende Förderung des Meliorationswesens. Ausreichende Berücksichtigung der zur Zeit gänzlich vernachlässigten landwirtschaftlichen Interessen in der Frage des Wasserbaues und der Flussregulierungen.
5. Systematische Weiterführung der genossenschaftlichen Organisation des heimischen Getreidehandels.
6. Ausbau und Vervollständigung des landwirtschaftlichen Immobilienkredits, speziell in seiner Ausdehnung auf den Kleingrundbesitz.
7. Weitere Förderung des Personalkredits für die Landwirtschaft und den gewerblichen Mittelstand.
8. Planmäßige Ausgestaltung der inneren Kolonisation. Revision der An siedelungs-Gesetzgebung und sachgemäße Umgestaltung der General-Kommissionen.
9. Energetische Förderung des gewerblichen Mittelstandes. Es sind mit Nachdruck und Konsequenz alle Mittel zu unterstützen und weiterhin gesetzgeberische Maßnahmen zu veranlassen, welche geeignet sind, den deutschen gewerblichen Mittelstand vor fernerer Verdrängung zu schützen. Weitere Ausgestaltung der Handwerker-Gesetzgebung durch nachdrückliches Eintreten für die von Handwerker-Verbänden erhobenen Forderungen. Maßnahmen zur Beseitigung der Konkurrenz der Warenhändler. Einstellung höherer Summen in den Etat zur technischen Förderung von Landwirtschaft, Handwerk und Kleingewerbe. Förderung der fachlichen Ausbildung dieser Berufe.
10. Gerechte Regelung der Kommunal- und Schulkassen. Gesetzliche Neuordnung der Schulunterhaltungspflicht zwecks Beseitigung der diesbezüglich bestehenden Mißstände und Ungleichheiten.
11. Verminderung der Geschäftsbelastung der Selbstverwaltungsorgane.
12. Es ist die Aufgabe des preussischen Landtages, auch seinerseits auf die preussische Staatsregierung dahin einzuwirken, daß die

Wirtschaftspolitik des Reiches gemäß den vom Bund bei den Reichstags-Wahlen 1903 ausgesprochenen Forderungen ausgeführt wird.

Die bekannte rücksichtslose Politik der Vornahrung des Volkes kommt in diesem Landtagsprogramm der Bündler zu ungezügelterm Ausdruck. Die Grenzen sollen noch schärfer abgegrenzt werden wie bisher, der Verkehr soll für Lebensmittel-Einfuhr noch mehr erschwert werden, Verkehrswege dürfen nicht geschaffen werden; erst sollen die Millionen des arbeitenden Volkes gezwungen werden, der kleineren Kinderzahl der Agrarier Hungerpreise zu bezahlen für ihre Produkte und dann sollen daneben aus öffentlichen Mitteln den notleidenden Herren eine stattliche Menge Zuwendungen gemacht werden, auf daß sie sich mit Recht als „staatsbehaltend“ bezeichnen können. In diesen Agrarierforderungen tritt die Bedeutung des preussischen Landtages für die wichtigsten Interessen des arbeitenden Volkes scharf hervor. Sie werden mit dazu beitragen, die Arbeiter zur Anspannung aller Kräfte bei den Landtagswahlen zu veranlassen.

Partei-Nachrichten.

Zum Parteitag in Dresden.

Die Delegierten und Abgeordneten zum Parteitag bitten wir, ihre Billets direkt nach dem Hauptbahnhof Dresden lösen zu wollen. Von dort werden sie nach dem Empfangslokal, Dresden-Rosenthal, Rügenbergstr. 2, geleitet und erhalten dort ihre Legitimations- und Wohnungskarte, sowie die notwendigen Drucksachen u. S. m. S. Sämtliche Hotels, in denen die Delegierten Wohnung nehmen, liegen direkt am Kongresslokal.

Wir erühen nochmals die Parteitagsteilnehmer, dem Unterzeichneten sofort ihre Adressen bekannt zu geben, soweit dies noch nicht geschehen, damit wir rechtzeitig Wohnung beschaffen können. Es ist dies um so mehr notwendig, weil infolge der in Dresden stattfindenden Städte-Ausstellung sehr große Nachfrage nach Logis vorhanden ist.

Dresden, 5. September 1903.

Das Parteitag-Komitee.

J. A.: Karl Sandermann.

Zwingstr. 22.

Die Parteiblätter werden im Abdruck gebeten.

Das Gruppenbild der socialdemokratischen Reichstags-Fraktion sind die erste und zweite Auflage vergriffen, die dritte befindet sich unter der Presse. Ebenso sind von der zur Information der preussischen Parteigenossen für die Landtagswahlen herausgegebenen Broschüre von Dr. Krone „Die preussischen Landtagswahlen“ die drei ersten Auflagen ausverkauft. Diejenigen Parteigenossen, welche noch Bestellungen aufzugeben haben, wollen dies umgehend thun. Von älteren Broschüren, die der Agitation für die Landtagswahlen dienen, sind noch vorhanden: Die Knebelung der Arbeiter durch das Junterparlament. Von Paul Hirsch. Preis 20 Pf. — Eine Junker-Revolution. Von Curt Eisner. Preis 50 Pf. (Agitationsausgabe 20 Pf.) — Die Volksschule wie sie ist. Von Otto Mühl. Preis 30 Pf. Bestellungen sind zu richten: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 66.

Die Wahlkreis-Konferenz für Ruppiner-Tempeln

Am 30. August in Gransee statt. Vertreten waren 14 Ortsgruppen durch 20 Delegierte; ferner der Kreis-Vertrauensmann Krafemann, Max Kiesel für die Agitationskommission sowie Wilh. Freyhaller und Rudolf Arendsee vom sechsten Berliner Wahlkreis.

Aus dem Bericht des Kreis-Vertrauensmannes ist hervorzuheben, daß derselbe über eine Einnahme von 2200 M. verfügte, dem eine Ausgabe von 2360 M. gegenübersteht, mithin ein Defizit von 160 M. zu verzeichnen ist. Flugblätter wurden 120 000 verteilt. Der Kandidat konnte 25 Versammlungen resp. Besprechungen abhalten. Durch gefetwirdiges Vorgehen wurden 2000 Wähler nicht in die Listen aufgenommen.

In der Diskussion, die sehr lebhaft geführt wurde, ergriff zunächst das Wort der Kandidat des Kreises, Genosse Kiesel, und wies darauf hin, daß der Teil von Genossen, welcher geglaubt habe, den Kreis zu erobern, sich von Utopien habe leiten lassen. Von einem Siege habe bis jetzt jede Vorbedingung gefehlt, als da sind: gut ausgebaute Organisation und das wichtigste Mittel im Kampfe, die Presse. Dies sei bedauerlich, und müsse entschieden mehr als bisher für die Verbreitung der Presse geschehen. In Jekendorf, in einem Orte, wo wir bei den Wahlen die absolute Majorität hatten, werden ganze 20 Exemplare der „Brandenburger Zeitung“ gelesen. Das könne unter keinen Umständen so weiter gehen. Es muß als Grundgesetz im Kreise gelten: Wer für die bürgerlichen Wähler einen Pfennig ausgiebt, untergräbt die Sache der Arbeiter.

An der weiteren Diskussion beteiligten sich die Genossen Radtke, Behndorf, Meier-Lindow, Popern-Renz, Pieper-Neu-Ruppiner und Freyhaller-Berlin.

Ueber die Landtagswahl sprach Freyhaller-Berlin. Derselbe forderte die Konferenz auf, sich durch Aufstellung eigener Wahlmänner an der Landtagswahl zu beteiligen. Die Vorarbeiten hierzu und die Aufstellung des Kandidaten wurden demnach von der Reichstagswahl her bestehenden Komitee in Neu-Ruppiner übertragen.

Zur Provinzial-Konferenz und zum Parteitag sprach Genosse Kiesel. Zur Brandenburger Provinzial-Konferenz wurden Krafemann-Neu-Ruppiner und Meier-Lindow delegiert; das Mandat zum Parteitag wurde dem Genossen Freyhaller-Berlin übertragen. Ein Antrag, die „Fadel“ wöchentlich erscheinen zu lassen, wurde abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag des Genossen Höfner-Neu-Ruppiner, da wo es möglich, überall feste politische Organisationen zu gründen. Auch der Antrag Meier wurde angenommen, den Kreis neu einzuteilen. Als Kandidat für den Reichstag wurde einstimmig Genosse M. Kiesel gewählt.

Zur Vicepräsidenten-Frage nahm die Parteikonferenz des 19. hannoverschen Wahlkreises folgende Resolution an:

„Die Konferenz betrachtet es als selbstverständlich, daß die socialdemokratische Reichstags-Fraktion wie bisher entschieden Anspruch erhebt auf eine ihrer Stärke entsprechende Vertretung im Reichstags-Präsidium. Sie erwartet ferner, daß die Fraktion ebenso entschieden festhält an der feitherrigen Praxis, indem sie es zurückweist, Verpflichtungen zu übernehmen, die weder vor der Verfassung noch von der Geschäftsordnung des Reichstags gefordert werden. Ohne die freie Meinungsäußerung innerhalb der Partei anzufangen zu wollen, bedauert die Konferenz dennoch die Art und Weise, wie der Genosse Bernstein zu der obigen Angelegenheit Stellung genommen hat. Die infolgedessen durch die notwendig gewordenen Erörterungen dieser Frage verbrauchte Zeit und Kraft hätte zum Wohle der Gesamtpartei zu etwas Besseren verwendet werden können. Von dem Dresdener Parteitag erwartet die Konferenz, daß er in diesem Sinne entscheiden wird.“

In die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ ist der wegen Abfassung philosophisch-freidenkerlicher Essays und Verhätigung freibildlicher Gesinnung gemahnelte Ober-Postsekretär Richard Wagner eingetreten. — So berichten verschiedene Blätter unserer Partei. In der „Leipziger Volkszeitung“ haben wir eine dahingehende Mitteilung nicht bemerkt.

Die socialdemokratische Partei der Schweiz hält am 4. und 5. Oktober in Olten ihren diesjährigen Parteitag ab. Von den 13 Punkten, die vorläufig auf die Tagesordnung gesetzt sind, erwähnen wir: Bericht der socialdemokratischen Fraktion des Nationalrates (Referent: Greulich); Parteiprogramm (Referent: Dr. Studer); Militarismus in der Schweiz (Müller-Bern und Napin-Lausanne); Bestrebungen der Friedensliga (Dr. Herz-Jesou); Socialismus und Alkoholismus (Schäpman-Jürich); Mitwirkung der politischen Organisationen zur Stärkung und Ausbreitung des Gewerkschaftsbundes (Thiez-Bern); Volksabstimmung vom 25. Oktober; Verpflichtung der Arbeitervertreter, einer socialdemokratischen Organisation anzugehören; internationaler Socialisten-

kongress 1904. Dem Parteitage voraus geht die Delegierten-Versammlung des Grünlereins, die sich in der Hauptsache mit Vereinsgeschäften zu befassen haben wird. Das einzige politische Geschäft ist die Volksabstimmung vom 25. Oktober.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Nicht pflichtwidrig, aber geschwändrig. Am 24. Juni d. J., des Abends von der Reichstags-Stichwahl, wurde in der Ortschaft Rich-Neuendorf, Wahlkreis Kalau-Ludau, eine von socialdemokratischer Seite einberufene öffentliche Versammlung abgehalten, die auch von einer Anzahl Frauen besucht war. Kurz nach Eröffnung der Versammlung unterbrach der überwachende Gendarm den Referenten und forderte die Entfernung der Frauen aus dem Lokale, widrigenfalls er die Auflösung der Versammlung androhte. Der Hinweis, daß dieses Verlangen ungeschicklich sei, war nutzlos, der Gendarm berief sich auf seine Instruktion. Um den Verlauf der Versammlung nicht zu gefährden, fügten sich die Leiter unter Protest dem Ansinnen des Beamten und erhoben später Beschwerde beim Landrat des Kreises Ludau. Die Antwort lautete ablehnend, da er in dem Verhalten des Gendarmen eine Pflichtwidrigkeit nicht zu erblicken vermochte. Gegen diesen Bescheid wurde Beschwerde beim Regierungspräsidenten zu Frankfurt a. O. eingereicht, doch nicht etwa, weil der Beschwerdeführer in dem Verhalten des Gendarmen eine Pflichtwidrigkeit, sondern eine Geschwändrigkeit erblickte. Von dem Regierungspräsidenten ging nun folgender Bescheid ein:

Auf die Beschwerde vom 10. v. R. erwidere ich, daß der Gendarm Schollbach, welcher die zu Rich-Neuendorf am 24. Juni dieses Jahres abgehaltene Versammlung überwachte, sich allerdings durch Einschaltung der Anmeldebefugigung darüber hätte vergewissern müssen, daß eine öffentliche Versammlung stattfand, in welcher die Anwesenheit von Frauen gestattet ist. Andererseits wurde der Gendarm durch den Verlauf der Versammlung, in welcher seiner Angabe nach die Angelegenheiten der Zahlstelle der Raurer Deutschlands besprochen wurden, zu der Annahme veranlaßt, daß es sich um eine Zahlstelle des als politischer Verein anzusehenden Zahlstelle 1) handelte.

Der königliche Landrat zu Ludau wird den Gendarm Schollbach nach Vorstehendem verurteilen.

Vorstehender Bescheid bildet wieder einen drastischen Beleg für die „Gründlichkeit“ behördlicher Ermittlungen in betraglichen Beschwerdefällen. Gest hebt, daß der Gendarm „Einsicht“ in die Anmeldebefugigung genommen hat, in der die Versammlung als eine öffentliche bezeichnet war. Trotzdem er hierauf vom Versammlungsleiter noch ausdrücklich aufmerkzaam gemacht wurde, verlangte er dennoch die Entfernung der Frauen unter Berufung auf die ihm gewordene Instruktion. Von wem dem Beamten diese mit dem Gehe nicht in Einklang stehende Instruktion erteilt worden ist, darüber erfährt der Beschwerdeführer merkwürdigerweise nichts. Geradezu wunderbar ist auch die Bemerkung von der „Zahlstelle des als politischer Verein anzusehenden Zahlstelle“. Erstens ist von Anlässen des Raurerverbandes in jener Versammlung überhaupt nicht gesprochen worden, vielmehr hielt der Referent eine Wahl-ogitationsrede unter spezieller Berücksichtigung der dortigen ländlichen Verhältnisse. Zweitens aber berührt es doch sehr eigenartig, daß der Gendarm erst durch den Verlauf der Versammlung zu seiner sonderbaren Annahme von der „politischen Zahlstellen-Zahlstelle“ veranlaßt worden sein will, während er die Entfernung der Frauen doch gleich nach Beginn der Versammlung verlangte.

Aus Industrie und Handel.

Der Rückgang unserer Reichsanleihen ist in den letzten Wochen ein so starker, daß er bedeutendes Aufsehen erregt. Nachdem z. B. die 3prozentige Reichsanleihe am 17. v. M. auf 89,75 Proz. gesunken war, erhobte sie sich inzwischen zwar für ganz kurze Zeit bis auf 90,10, sank aber am gestrigen Freitag sogar noch tiefer als am 17. August, nämlich auf 89,50 Proz.; sie bleibt also damit hinter ihrem Subscriptionskurs von 92 Proz. für die am 17. April angelegten 200 Millionen Mark um 2,50, gegen den damaligen Tageskurs von 92,50 um 3 Proz. zurück. Unten 3 1/2 prozentigen Staatsanleihen geht es nicht viel besser; eine 3 1/2 prozentige Schweizer Anleihe wurde hier neulich zu einem Kurse eingeführt, der über dem unster eignen 3 1/2 prozentigen Anleihe stand. Zwar sind wir mit diesen Erscheinungen noch nicht auf den Zustand in der industriellen Hochstuf vor ein paar Jahren gekommen, wo unsere 3prozentige Reichsanleihe um 16 Prozent fiel, aber die jetzigen Erscheinungen sind doch derart, daß man das Aufsehen, das sie erregen, nicht für unbedeutend erklären kann.

Die Gründe aber für diese Erscheinungen, die sich übrigens auch nicht allein auf Deutschland erstrecken, sondern auch auf England, Frankreich, Spanien und die Balkanländer, sind zunächst zweifellos in der Unsicherheit der allgemeinen politischen Verhältnisse zu suchen, in den gerade jetzt so erneut häufenden internationalen Verwicklungen aller Art, die den internationalen Rentenmarkt nicht zur Ruhe kommen lassen. Der internationale Kapitalismus hat an der Vorse für die Politik immer die feinste Nase. Für Deutschland kommen aber noch besondere Gründe in Frage. Zunächst läßt sich nicht leugnen, daß auch für den soliden Käufer gerade in letzter Zeit ein gewisser Ueberfluß an sogenannten sicheren Staatspapieren durch das Wachsen der Staatsschulden geschaffen worden ist, ein zu starkes Angebot, das den Preis wie überall drücken mußte. Wir erinnern nur daran, daß unser Anleihenmarkt, nachdem er kaum den starken Wiffen vom April vorsehelt bekommen hatte und noch an seiner Verdaulichkeit hinlänglich zu thun hatte, mit 187 Millionen Mark preussischer Konfols überschüttet werden mußte, um die neuen preussischen Eisenbahn-Versaandlungen zu realisieren. Als bei weitem am meisten ausschlaggebend dürfte aber für den Rückgang der Reichsanleihen das, wenn auch sehr langsame, so doch besonders in einigen Industrien thätiglich merkbare Erstarren der wirtschaftlichen Lage sein. Dies sehr langsame, aber eben deswegen von der bürgerlich-kapitalistischen Presse desto härter gefärbte Aufblähen unserer wirtschaftlichen Verhältnisse zeitigt sofort die alle Erscheinung, daß der sogenannte „patriotische“ Rentenbesitzer nichts Giltigeres zu thun weiß, als seine verhältnismäßig kleinprozentigen Staatspapiere spekulationslästern wieder gegen höherprozentige Industriepapiere umzutauschen, wobei die Höhe seines Patriotismus eben lediglich nach der Höhe der Prozente bestimmt wird. Dies dürften die wesentlichen Gründe für den auffallenden Rückgang unster Anleihen sein, dessen akute Erscheinungen des Tages überdies natürlich auch noch von bestimmten einzelnen Spekulationsmanövern beeinflusst werden.

Ueber die Lage des Ruhrkohlenmarktes berichtet die „Westfälische Zeitung“: „Der Versand der Ruhrkohlenzehen an Steinhilber, Coals und Steinhilberindustrie erreichte im Monat August einen Tagesdurchschnitt von 18 500 Wagen gegenüber 18 250 Wagen im Vormonat und, bei gleichfalls 26 Arbeitstagen, einen Tagesverband von rund 16 250 Wagen im August vorigen Jahres. Sämtliche Zehen des Ruhrbezirks erfreuten sich einer regelmäßigen und kotten Beschäftigung, so daß Feiertagsarbeiten wegen Abwagemangels nicht nötig wurden. Auf einigen Zehen machte sich infolge der Dürrekrankheit sogar ein stellenweise empfindlicher Arbeitermangel bemerkbar; es wurden daher vielfach Ueberstunden gemacht werden, um der nachhaltig großen Nachfrage nach Brennmaterial gerecht zu werden. Die Nachfrage hat im allgemeinen weiter zugenommen, und es werden namentlich von der heimischen Industrie anhaltend große Anforderungen gestellt, so daß das Syndikat bei der bereits starken Beschäftigung der einzelnen Zehen nicht immer im stande war, die verlangten Mengen zuzuteilen, und daher die Erledigung einer Anzahl von Aufträgen auf Mehrzuteilung von Fett- und Flammkohlen auf den Monat September verschoben werden mußte. Die Waggeneinstellung, die im August mit 17 500 Wagen begann, nahm im Laufe des Monats stetig zu und erreichte erstmalig am 29. August die Zahl 20 078, wobei zu beachten ist, daß die Justellung der Wagen auf den einzelnen Zehen sehr regel-

mäßig erfolgte und im ersten Jahrgang zu früheren Jahren zu berechneten Mägen keine Veranlassung bot, obwohl am Monatsanfang dem Wagenamt infolge der vielfachen Störungen in den Rheinischen und auf der Strecke der regelmäßigen Wagenumsatz sehr erschwert wurde.

Zweifellos ist zur Zeit der Kohlenabfuhr ein recht flotter; doch kommt bei der Verteilung der Nachfrage mit in Betracht, daß zu dieser Zeit alljährlich die Verfertigung der verschiedenen Lager der Händler für den Winterbedarf erfolgt.

Dortmunder Union. Der Aufsichtsrat beschloß, auf die Aktien A und B die Vorzugsdividende von 5 Prozent und auf die Aktien C eine Dividende von 2 Prozent in Vorschlag zu bringen. Der Reingewinn für das abgelaufene Geschäftsjahr beträgt 1271 768,45 Mark, von welchen 5 Prozent dem gesetzlichen Reserve-Fonds gut gebracht und 164 180,08 M. auf neue Rechnung vorgetragen werden sollen. Zu Abschreibungen aus den Betriebsverhältnissen werden 2772 188,68 M. verwendet. Der Auftragsbestand am 30. Juni 1903 betrug 100 800 Tonnen im Werte von 11 225 200 M., gegen 76 200 Tonnen im Werte von 9 205 844 M. im Vorjahre. Am 31. Juli d. J. war der Bestand 140 770 Tonnen im Werte von 15 869 000 M.

Deutschlands Besitz an großen Dampfern. Nach Loyds Register für 1903/4 beträgt der gesamte Dampferbestand der Welt 17 761 Schiffe. Davon kommen auf Großbritannien 8563 (= 48 Proz.), Deutschland 1425 (= 8 Proz.) und die Vereinigten Staaten von Amerika 1211 (= annähernd 7 Proz.). Dann folgen Norwegen, Schweden, Frankreich, Japan usw. Berücksichtigt man statt der Anzahl der Dampfer ihren Tonnengehalt, so stellt sich Deutschlands Anteil etwas besser: Von dem Gesamt-Tonnengehalt der Dampfer von 27 183 395 Brutto-Registertonnen kommen auf Großbritannien 14 193 582 (= 52 Proz.), auf Deutschland 2 794 311 (= über 10 Proz.), Amerika 2 222 067 (= 8 Proz.) usw.

Um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Dampferflotte eines Landes zu beurteilen, genügt es aber nicht, die Gesamttonnage seiner Dampfer zu berücksichtigen. Im Wettbewerb auf dem Weltmeere spielen die Hauptrolle die großen Dampfer. Als solche dürfen wir mit Loyds Register alle über 10 000 Brutto-Registertonnen besitzenden Dampfer ansehen. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, bietet Deutschlands Anteil ein ganz anderes Bild. Loyds Register zählt insgesamt 84 Dampfer von über 10 000 Brutto-Registertonnen mit einer Gesamttonnage von 1 033 811 Registertonnen auf. Davon kommen auf Großbritannien der Zahl nach 39 (= 46 Proz.), der Tonnage nach 47 Proz., auf Deutschland sowohl der Zahl (25) als der Tonnage nach annähernd 30 Proz., auf die Vereinigten Staaten der Zahl (11) wie der Tonnage nach 13 Proz., während alle übrigen Staaten zusammen mit 9 (= 11 Proz.) nach der Tonnage nicht einmal ganz 10 Proz. besitzen. Wie man sieht, ist Deutschland in Bezug auf die großen Dampfer Großbritannien sehr nahe gerückt.

Von den angeführten 25 großen deutschen Dampfern gehören 12 dem Norddeutschen Lloyd, ebenfalls 12 der Hamburg-Amerika-Linie und 1 der West von Schichau in Elbing. Die beiden genannten großen deutschen Reedereien hatten zur Zeit ihres letzten Jahresberichts (Jahresjahr 1903) eine Gesamt-Dampferflotte von 1 089 697 Brutto-Registertonnen in Fahrt, also über 88 Proz. der gesamten deutschen Dampferflotte. Davon kamen auf die Hamburg-Amerika-Linie 578 176 Registertonnen (mit 120 Dampfern), auf den Norddeutschen Lloyd 491 521 Registertonnen (mit 113 Dampfern).

Reben der Größe der Dampfer ist, namentlich für die Personenbeförderung, im internationalen Wettbewerb hauptsächlich ihre Schnelligkeit von Bedeutung. An die Spitze stellt Loyds Register alle über 20 Knoten laufenden Dampfer. Als solche zählt er beim Norddeutschen Lloyd vier Dampfer („Kaiser Wilhelm II.“, „Kronprinz Wilhelm“, „Kaiser Wilhelm der Große“ und „Kaiserin Maria Theresia“), bei der Hamburg-Amerika-Linie einen („Deutschland“). Diese Dampfer, mit Ausnahme der Kaiserin Maria Theresia, sind dazu noch belamntlich die schnellsten der ganzen Welt. Von Dampfern mit 15 Knoten und darüber besitzt nach Loyds Register der Norddeutsche Lloyd 18, die Hamburg-Amerika-Linie 9. Von Dampfern mit 12 Knoten und darüber zählt das Lloyd-Register beim Norddeutschen Lloyd insgesamt 72, bei der Hamburg-Amerika-Linie 32. Von den übrigen deutschen Schiffsfahrts-Gesellschaften besitzen an Dampfern mit 12 Knoten und darüber: Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft 12, „Rosmos“ 11, Deutsche Ostafrika-Linie 8, Mob. R. Glomann u. Co. 7, Boermann-Linie 5, Sartori u. Berger 4, Deutsche Levante-Linie und Nordsee-Linie je 3.

Gewerkchaftliches.

An die Arbeiterschaft Berlin!

Wie Euch aus der Tagespresse bekannt sein wird, tobt seit circa zwei Wochen ein Miefekampf der Textil-Arbeiter Crimmitschaus. Die Forderungen der Arbeiter betreffen weniger eine Aufbesserung der an und für sich niedrigen Löhne, als eine Verlängerung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden.

Da nun in der Textil-Industrie vorwiegend Frauen beschäftigt werden, so würde es für das Familienleben in moralischer und sittlicher Beziehung von weittragender Bedeutung sein, wenn Mann und Frau eine Stunde mehr pro Tag sich der Erziehung der Kinder widmen könnten.

Seit dem Jahre 1898 hat die Textil-Arbeiterschaft Crimmitschaus an das dortige Unternehmertum das Geruch gerichtet, die Arbeitszeit herabzusetzen. Von Jahr zu Jahr wurden die Arbeiter abgewiesen, so auch jetzt. Infolgedessen gaben die Arbeiter von vier Betrieben ihrer beschiedenen Forderung etwas mehr Nachdruck, und die Folge war, daß die Unternehmer die Arbeiter sämtlicher Betriebe aufs Pfahler setzten.

Rund 8000 Personen werden von der Aussperrung betroffen, doch sind diese gewillt, auszuharren im Kampfe um den zehnstündentag. Die Situation ist den Ausständigen insofern günstig, als zur Zeit große Aufträge vorhanden sind.

Da nun dieser Kampf große Opfer erfordert, welche der Deutsche Textilarbeiter-Verband allein in aufzubringen nicht in der Lage ist, so appellieren wir an die stets sich bewährende Solidarität der Berliner Arbeiterschaft, uns in diesem schweren Kampfe nach Kräften zu unterstützen.

Der Vorstand des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes.

In Anbetracht des großen Ausstandes hat der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission mit Zustimmung der Vorstände der Gewerkschaften Berlins beschloffen, die streikenden und ausgesperrten Weber in Crimmitschau zu unterstützen.

Es sind zu diesem Zwecke Listen angefertigt worden, welche für Gewerkschafts- wie Berufs-Vertrauenspersonen in unserm Bureau, Engel-Ufer 15, in der Zeit von 9-1 und 6-8 Uhr zu haben sind. Dasselbe werden alle gesammelten Gelder angenommen und öffentlich quittiert.

Einsendungen mit der Post sind an A. Körffeln zu adressieren. Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

Berlin und Umgegend.

Der Centralverband der Glaser schreibt uns: Zu der am 1. d. M. im Vorwärts veröffentlichten Berichtigung des Glasermeisters Stier-Niederzschneeweide haben wir zu bemerken: Wir haben uns noch einmal bei den früher dort beschäftigten Glasern genau erkundigt, und halten die Letzteren die seiner Zeit in der Versammlung im Gewerkschaftshaus gemachten Angaben voll und ganz aufrecht. Daß auch heute der tarifmäßige Minimallohn beim Glasermeister Stier nicht gezahlt wird, ist am besten daraus zu ersehen, daß seitens der Organisation die Sperre über seine Firma verhängt ist. Die bei ihm arbeitenden Glaser sind als Arbeitswillige zu betrachten.

Die Ortsverwaltung.

Deutsches Reich.

Zum Textilarbeiterausstand in Crimmitschau. Gestern haben wir Bezug genommen auf eine von der „Tägl. Rundschau“ übernommene Notiz eines Crimmitschauer Blattes, wonach unter den Ausständigen Unzufriedenheit herrschen soll über unpünktliche, namentlich aber ungenügende Streikunterstützung. Wie wir sogleich bemerken, beruht diese Angabe auf Erfindung. Das „Sächsische Volksblatt“, unser in Juidau erscheinendes Parteiorgan, geht auf die unwahren Auslassungen der arbeiterfeindlichen Blätter näher ein. Daß es sich in Crimmitschau nicht um einen Streik, wie jene Blätter behaupten, sondern um eine Aussperrung handelt, haben wir bereits betont. Es sei noch darauf hingewiesen, daß nur 700 Arbeiter in 5 Fabriken die Forderung auf zehnstündige Arbeitszeit erhoben und für den Fall der Ablehnung kündigten. Als Antwort darauf wurden 7000 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt. Was nun die angeblich mangelhafte Unterstützung betrifft, so verhält es sich damit nach im „Sächs. Volksblatt“ veröffentlichten Angaben der Streikleitung so:

Nach dem Statut sind die Unterstützungen geregelt und werden dementsprechend bezahlt. Der Verband ist sogar so coulant gewesen, daß er, obwohl bestimmungsgemäß für die erste Woche keine Unterstützung zu zahlen ist, solche zu zahlen. Auch denjenigen, welche dem Verbands nicht angehören oder die sich in den letzten Tagen erst angemeldet haben, ist eine Unterstützung zugewilligt worden. Endlich werden selbst Unorganisierte, also Arbeiter, welche nie zu den Geldern des Verbandes beigetragen haben, unterstützt. Auf diese letzteren scheinen sich die vom „Cr. Anz.“ angeführten Sätze zu beziehen. Daß aber solchen Leuten nicht die gleichhohe Unterstützung zu teil werden kann wie denen, welche jahrelang ihre Verbandsbeiträge entrichtet haben, müßte sogar dem „Cr. Anz.“ klar sein. Sie erhalten eine Leistung ohne jedwede vorherige Gegenleistung.

Das Unternehmertum wirft Tausende von Arbeitern auf die Straße und überantwörtet diese dem Hunger. Die organisierte Arbeiterschaft nimmt sich der unorganisierten an, giebt Tausende von Mark zur Unterstützung für diese aus und tritt von ihrem ihr zu gute kommenden Gelde einen Teil ab. Und dann kommt diese Amtsblattpresse und beschimpft die Führer und Verbandsbeamten und nimmt dagegen alle, die dieses Unglück verschuldet, die Industriellen, in Schutz.

Zur Aussperrung in der Rammgarnspinnerei Liebshwih a. d. Elster wird mitgeteilt, daß die Unternehmer sich in deutschen und österreichischen Textilorten nach Streikbrechern bemühen. Es wird deshalb vor den Agenten der Firma gewarnt.

Sociales.

Der Weichenrevisor der „Großen Berliner“ und das Gewerbegericht.

Die Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft hat auf Veranlassung der Behörden Weichenrevisoren einstellen müssen, um die Betriebssicherheit zu heben. Einer derselben, der Schlosser Wehning, klagte gegen die Gesellschaft beim Berliner Gewerbegericht auf Ausfertigung eines Zeugnisses gemäß § 113 Absatz 2 der Gewerbe-Ordnung und auf Zahlung von 800 M. für Überstunden aus den letzten zwei Jahren. Es handelte sich um die Stunden, die J. jede zweite Woche in den zwei Jahren darauf verwenden mußte, um laut einem Auftrage des Bahnamtmeisters täglich nach Beendigung der Revisionsstätigkeit (5 Uhr früh bis 5 Uhr abends) den Tagesrapport für die Streckenarbeiter usw. abzuholen und dem Vorarbeiter zuzutragen. Der Vertreter der Gesellschaft hatte verschiedene Einwände, in erster Linie den der Unzuständigkeit, weil Kläger dem Bahn betriebe angehörte. — Auf die Frage des Vorsitzenden, Gewerbegerichts I. Revisor, weshalb Kläger in den zwei Jahren niemals ernstlich auf Bezahlung der fraglichen Stunden gedringt habe, antwortete J., daß ihm dann ja seine Entlassung sicher gewesen wäre. Zur Zuständigkeitsfrage machte Kläger geltend, er habe in den letzten Jahren zur Voraufbereitung gehört. Er habe nicht nur Weichen revidiert, sondern sei auch im Sommer vielfach zu den nächtlichen Streckenarbeiten in seiner Eigenschaft als Schlosser herangezogen worden. — Vorsitzender (verwundert): Nacharbeit, nachdem Sie von 5 Uhr früh bis 5 Uhr abends als Revisor Dienst hatten? Wann haben Sie denn da geschlafen? — Kläger: Vor dem Beginn der Nacharbeit, d. h. vor 11 Uhr abends, manchmal bloß zwei Stunden, durchschnittlich drei Stunden. Bis zu hundert Arbeitsstunden kommen die Woche herauf. Beim Umbau zum elektrischen Betriebe sind es in einer Woche sogar hundertfünfzig Stunden geworden. — Der Vorarbeiter beklagte, daß das Weichenrevidieren doch die Haupttätigkeit des Klägers gewesen sei. — Der als Zeuge vernommene Weichenrevisor J. hat ebenfalls, wie Kläger, häufiger des Nachts noch Streckenbauarbeiten verrichten müssen. Er rechnet sich für die fragliche Zeit 5-8 Ruhestunden aus. Die Nacharbeit war gewöhnlich um 5 Uhr früh beendet, dann begann für ihn und den Kläger gleich die Revisionsstätigkeit, die, wie schon oben gesagt, bis 5 Uhr abends währte. (Eine der Betriebsführung dienende Tätigkeit nach durcharbeiteter Nacht!) Die Tagesstunden wurden mit 40 Pf., die Nachtstunden mit 80 Pf. bezahlt. Der Zeuge J. und Kläger haben abwechselnd je eine Woche lang daneben noch jene strittigen Rapportgänge besorgt. Der Vertreter der Gesellschaft hob die Verantwortung für die Gänge dem Bahnamtmeister Sinter zu. Dieser hätte die Weichenrevisoren eigentlich damit nicht betrauen dürfen. (Gleichwohl geschah es zwei Jahre lang.) Eine nette Wirtschaft. Der Richter (statter) Die Kammer 7 wies den Kläger wegen Unzuständigkeit des Gewerbegerichts ab: Kläger sei in erster Linie doch Weichenrevisor gewesen und habe so zu dem Bahnbetriebs-Personal gehört, das nach dem Gesetz nicht der gewerbegerichtlichen Praxis unterfalle. Daneben sei allerdings seine Beschäftigung als Arbeiter eine betragsmäßige gewesen und das Gericht hätte sich für zuständig erklärt, wenn Kläger den Lohn aus der nächtlichen Streckenarbeit gefordert und das Zeugnis mit Bezug auf diese verlangt hätte. Da er aber das Zeugnis über seine Tätigkeit bei der Gesellschaft überhaupt verlangte, so trete die Haupttätigkeit in den Vordergrund, die nicht dem Gewerbegericht unterfalle, da Betriebsfähigkeit. Und jene Nebenbedienste, für die er 800 M. fordere, seien eine mehr indifferente Tätigkeit, die ebenfalls dem Gericht unterstellt werden müsse, dem die Haupttätigkeit zur Beurteilung unterliege. Daraus ergebe sich die gänzliche Abweisung wegen Unzuständigkeit.

Der Verbandstag des Verbandes der Arbeiter-Kranken- und Unterstützungslagen Ostpreußens, der am 5. und 6. September in Graus abgehalten wird, wird sich mit der Frage der Alters- und Invaliditätsversicherung beschäftigen.

Aus der Frauenbewegung.

An die Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse Berlins!

Montag, den 7. September, beginnen nach einer Sommerpause wieder unsere regelmäßigen vierzehntägigen Vereinsabende. Von unsern Mitgliedern hoffen wir, daß sie vollständig erscheinen und mit regem Eifer an die Aufgaben, die sich der Verein gestellt hat, herantreten werden. Ueberall sehen wir neue Frauenbildungsvereine entstehen, ein Zeichen, daß nun auch in den Arbeiterkreisen die Sehnsucht nach Bildung und Ausklärung immer mehr erwacht. Wenn auch in vielen Frauen dieses Bildungsbedürfnis stark vorhanden ist, und sie zum Zusammenschluß drängt, so gilt es doch unsere Agitation auf die große Zahl von Frauen hier in Berlin hinzulenken, die noch nicht zu der Erkenntnis gelangt sind, daß sie hinaus müssen aus der Enge ihrer Familie, um ihre Persönlichkeit zu erheben, ihren Gesichtskreis zu erweitern. Reist muß die Frau sich ihre Freiheit selber erkämpfen, sie leidet unter den Konflikten, daß ihre Hauslichkeit durch ihr öfteres Herumgehen gefährdet werde, und oft genug verstoßen die eigenen Angehörigen nicht ihr Streben nach dem Fortschritt aus dem Alltagsleben. Doch ein neuer Reiztum entschädigt sie für diese

Kämpfe, größere Gedanken und Ziele werden sie befeelen, sie überträgt dieselben auf ihre Umgebung, und so arbeitet sie mit an der Entwicklung der Menschheit.

Der Verein macht es sich zur Aufgabe, seinen Mitgliedern das Beste aus dem Gebiete der Wissenschaft und Kunst zu bieten, soweit es irgend in seinen Kräften liegt. Auch an Selbsttätigkeit der Mitglieder soll es in diesem Winter nicht fehlen. Die Diskussionsabende, welche lebhaftes Interesse gefunden haben, sollen fortgesetzt werden, und den Mitgliedern Gelegenheit geben, im engeren Kreise ihre Gedanken auszutauschen. Das Thema der am 7. September in den Arminkhallen, Kommandantenstraße 20, stattfindenden Versammlung lautet: „Jugenderziehung“. Referent Otto Krille. Gäste sind sehr willkommen. Der Vorstand.

Gerichts-Zeitung.

Um Unregelmäßigkeiten bei der Materialien-Verwaltung des städtischen Untersuchungsamtes auf dem Central-Schlachthofe handelte es sich in einem Prozesse, welcher gestern vor der zehnten Bezirkskammer des Landgerichts I unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Guth stattfand. Der frühere Registrator und Materialien-Verwalter Traugott Eisner sollte sich der fortgesetzten Urkundenfälschung schuldig gemacht haben. Er wurde 1889 vom Magistrat auf dem Viehhofe angefaßt und seit 1898 mit der Leitung des Materialien-Depots betraut. Das städtische Untersuchungsamt ist ein ziemlich bedeutendes Institut, welches in 12 Abteilungen zergliedert ist. Alle täglichen Bedürfnisse, wie Wäsche, Seife, Fensterleder, Stein, sowie eine ganze Menge anderer Dinge werden von den einzelnen Abteilungen vom Hauptbureau bezogen, dessen Vorsteher der Angestellte war. Zwei von den Voten überreichten dem Angeklagten im Anfang eines jeden Monats einen sogenannten Bedarfzettel, worauf sie eine Aufstellung der verschiedenen Artikel, welche mutmaßlich von den einzelnen Abteilungen im Laufe des Monats gebraucht wurden, geschriebten hatten. Diese Zettel wurden von den Arbeitern mit einem Vermerk versehen, worin sie bescheinigten, daß sie die vorbezeichneten Artikel nach der angegebenen Gattung und Zahl erhalten hätten. Diese Zettel sind nun von dem Angeklagten nachträglich mit Wasser verändert worden, so daß die Quittungsvermerke der beiden Arbeiter der Wahrheit nicht entsprechen. Hierdurch soll nach Ansicht der Anklagebehörde eine objektive Urkundenfälschung bewirkt worden sein. Daß der Angeklagte sich irgend einen rechtswidrigen Vermögensvorteil verschafft hat, oder hat verschaffen wollen, wurde nicht angenommen. Der Angeklagte behauptete, daß das Verfahren in ganz derselben Weise von seinem Vorgänger beobachtet worden sei, ohne daß damals oder später seitens der Revision eine Vermänglung stattgefunden habe. Die letzte Revision sei im September 1899 vorgenommen worden. Wenn die Arbeiter auf die Bedarfzettel seiner Ansicht nach zu hohe Posten geschrieben hätten, habe er mit Wasser diese Änderungen vorgenommen. Ferner sei es fast täglich vorgekommen, daß die eine oder die andre Abteilung auf einen Zettel ausgegangene Materialien forderten. Diese Zettel seien aufbewahrt worden und sei danach am Ende des Monats eine nochmalige Ergänzung der Bedarfzettel erfolgt. Auf Grund der letzteren habe er dann den Abschluß im Materialien-Contobuch vorgenommen. Uebrigens habe er die Bedarfzettel gar nicht als Urkunden, sondern nur als Formulare angesehen.

Schon nach der Vernehmung des ersten Zeugen verzichteten die Prozessbeteiligten auf jede weitere Beweisaufnahme. Der Staatsanwalt beantragte die Freisprechung des Angeklagten, da derselbe, so inforekt sein Verfahren auch sei, nicht im Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gehandelt habe, und die Bedarfzettel auch nicht den Charakter von Urkunden gehabt hätten. Der Verteidiger, Rechtsanwält Dr. Werthauer, ging noch weiter, er beantragte, auch die Kosten der Verurteilung der Staatskasse aufzuerlegen. Hierzu konnte sich der Gerichtshof nicht verstehen. Objektive liege zweifellos eine Urkundenfälschung vor, es müsse auch gesagt werden, daß die Art der Geschäftsführung eine „lotterige“ und die Kontrolle eine mangelhafte war. Es müsse bei einer einfachen Freisprechung sein Bewenden haben.

Versammlungen.

Zur Tarifbewegung der Marmorarbeiter. In zwei selbständigen Versammlungen nahmen gestern Abend die Schleifer und Steinmeyer nochmals Stellung zu ihrem neuen Tarif. Die Meisterkommission hat sich demnach mit der Annahme des Tarifs seitens der Schleifer für befriedigt erklärt und auch in die Forderung getwilligt, daß der Ablaufstermin nicht in den Dezember, sondern auf den 1. September fällt. Der Tarif für diese Kategorie hat bei achtwöchiger Rindigungsfrist mithin Gültigkeit bis zum 1. September 1905. In den nächsten Tagen soll die gegenseitige endgültige Festlegung vor dem Gewerbegericht erfolgen. — Die Steinmeyer indes beabsichtigen, unbedingt an folgender Forderung festzuhalten: 8 1/2 stündige Arbeitszeit und einen Minimallohn von 65 Pf. in der Werkstatt und 70 Pf. pro Stunde auf Warten. Sie hatten die Forderung um so gerechtfertigter, als bereits die Mehrheit von ihnen diesen Lohnsatz erhält. Am Montagabend wird eine neue Versammlung die Antwort der Arbeitgeber entgegennehmen und sollen alsdann weitere Beschlüsse gefaßt werden.

Nieder-Schneeweide. Am 1. September fand in unserm Ort, das erste Mal seit sechs Jahren, eine größere öffentliche Versammlung statt und zwar in dem kürzlich für die Arbeiterschaft frei gewordenen Restaurant „Hoffelwerder“. Die Tagesordnung lautete: Die preussischen Landtagswahlen. Der Referent Adler wies in seinem Vortrage darauf hin, wie nötig es sei, daß die Arbeiterschaft eigene Abgeordnete in den Landtag schickt. Der Redner schloß seinen Vortrag mit der Aufforderung an die Versammlung, Mann für Mann zur Wahl zu gehen und auszuhalten, bis die Wahl beendet ist, dann muß es auch gelingen, gerade in unserm Kreise einen Abgeordneten durchzubringen.

In der Diskussion sprachen die Genossen Brunzel, Eitel, Kohlmann und Bengsch im Sinne des Referenten. Da hier im Ort um 11 Uhr die Polizeistunde und damit nach polizeilicher Praxis auch der Schluß der Versammlung eintritt, konnte der Vorsitzende das Wort niemand mehr erteilen und forderte die Anwesenden auf, recht zahlreich die ausgelegten Aufnahmehefte zum Eintritt in den Wahlverein auszufüllen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Frankfurt a. M., 4. September. (W. S.) Unter Vorsitz des Stadtrats Dr. Fleck tagte gestern im Sitzungssaale des Magistrats der Rhein-Verband des Arbeitsnachweises. Es waren 18 Städte vertreten, wo 7 Institute mit großem Erfolge wirken. Den Hauptgegenstand der Besprechung bildete die nutzbringende Ausgestaltung der statistischen Veröffentlichungen.

Budapest, 4. September. (W. S.) Den Mannschaften sämtlicher in Budapest garnisonierenden Regimenter wurde beim heutigen Appell mitgeteilt, daß es den Soldaten des dritten Jahrganges, die eventuell bis Ende Dezember dienen müssen, freistehe, um einen Urlaub nachzusuchen, der ihnen ohne weiteres bewilligt würde. — Wie verlautet, soll die Heeresverwaltung nicht abgeneigt sein, die im dritten Jahrgange stehenden Mannschaften gänzlich zu beurlauben unter der Bedingung, daß sie versprechen, in dem Moment, wo sie wieder einberufen werden, unverzüglich zu ihren Regimentern zurückzukehren.

Brüssel, 4. September. (W. S.) Der Richteratter des „Binghioner Siecle“ in Schanghaï medelt eine Blatte, die Belgier hätten nach langen und mühsamen im Jahre 1898 begonnenen Unterhandlungen einen neuen Erfolg davon getragen. Sie hätten die Konzession einer Eisenbahnlinie von Raifong-Zu nach Honan-Zu erlangt. Diese Eisenbahn schneide die Lunan-Eisenbahn, werde eine Länge von 200 Kilometern haben und dem Thale des Gelben Flusses folgen.

Lokales.

Ausschreitungen gegen Frauen.

In der „Post“ lesen wir: „Die Verletzung ehrbarer Frauen und Mädchen auf den Straßen der Stadt Berlin durch zudringliches Gebaren männlicher Personen hat neuerdings einen Umfang angenommen, daß ein nachdrückliches Einschreiten gegen solche Verletzungen des Anstandes und der guten Sitte geboten erscheint. Die von der Presse in dieser Beziehung erhobenen Klagen sind leider begründet. Der Minister des Innern hat daher auch, wie wir hören, Veranlassung genommen, die Aufmerksamkeit des Berliner Polizeipräsidenten auf die berührten Uebelstände hinzuwirken. Nach dem Inhalt der allgemeinen Dienstvorschriften für die hiesige Schutzmannschaft vom 31. Mai 1903 siehe zwar einem unmittelbaren Eingreifen der Straßensoldaten und Straßensoldatinnen nichts entgegen, es erscheint indes zweckmäßig, das Einschreiten gegen den erwähnten Unfug nicht den auf der Straße dienenden uniformierten Schutzmannschaften zu überlassen. Mit dieser Aufgabe werden vielmehr nichtuniformierte Kriminalbeamte zu betrauen und anzuweisen sein, durch aufmerksame Überwachung des Straßenverkehrs und zweckentsprechendes Vorgehen bei gegebenem Anlaß den Angehörigen weiblichen Geschlechts den mit Recht beanspruchten polizeilichen Schutz zu teil werden zu lassen und die Angreifer unmaßstäblich zur Verantwortung zu ziehen. Der Minister des Innern hat dem Polizeipräsidenten, wie wir weiter hören, anbeimgestellt, wegen einer erforderlichen Vermehrung des mit diesen Aufgaben betrauten Beamtenpersonals Anträge zu stellen, welche die warmste Unterstützung finden werden. Den getroffenen Maßnahmen wird der Erfolg um so weniger versagt sein, wenn, wie wir dringend wünschen, das Publikum auch seinerseits gegen den auf den Straßen verübten Unfug Front macht und die Beamten in der Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützt.“

Mit dem Vorgehen des Ministers kann man einverstanden sein, denn nichts im Straßenleben ist wohl empörender als die Rohheiten, die alleingehende Frauen und Mädchen sich nicht allein zur Nachtzeit, sondern auch bei Tage gefallen lassen müssen. Allerdings scheint uns die zu diesem Zweck in Aussicht gestellte Vermehrung der Kriminalpolizei in hohem Grade überflüssig. Denn der Minister kann für das Wohl der Gesamtbevölkerung gar nichts Besseres tun, als wenn er die bis jetzt im Dienst der politischen Polizei beschäftigten Beamten sowie die mit Versammlungsüberwachungen betrauten und die sonst noch gegen die gewerkschaftliche Arbeiterschaft verwendeten Schutzleute nach erfolgter eindringlicher Instruktion für den Schutz anständiger Frauen in Vereitelschaft stellt. In ihrem heutigen Retier thun diese Beamten nichts, was nach Ansicht der erdrückenden Mehrheit der Staatsbürger dem Gesamtwohl förderlich wäre, ja, sie begehen, wie die bekannte Sechzig-Mark-Affaire zeigt, zuweilen Handlungen, die auch der wütendste Feind der Arbeiterschaft nicht gut wird verteidigen können. Somit können der Behörde, ohne daß der Steuerzahler auch nur einen Pfennig mehr als heute zu zahlen braucht, Beamte für den Schutz des weiblichen Geschlechts die Hülfe und Hilfe zur Verfügung stehen.

Allerdings ist mit Polizeimaßnahmen allein verdammt wenig zu erreichen, wenn nicht der Sinn für weibliche Ehre in der Bevölkerung mehr als bisher geweckt wird. Klügel, die anständigen Frauen unflätig kommen, giebt es selbstverständlich in allen Kreisen, unter Arbeitern so gut wie in bourgeoisen Schichten. Man braucht den elbischen Gevinn, der aus der Beschäftigung mit den sozialen Fragen erwächst, nicht zu hoch anzuschlagen, um aber doch zu der Einsicht zu kommen, daß das ernste Streben, das durch die Socialdemokratie in der Arbeiterschaft geweckt wird, die eindringliche Lehre, daß die Frau dem Manne politisch gleich stehen soll, außerordentlich viel zur Wertschätzung des weiblichen Geschlechts beiträgt.

In bürgerlichen Kreisen herrscht bekanntlich durchweg eine andre Anschauung über das, was man Frauenfrage nennt. Von Gleichberechtigung wollen die wenigsten etwas wissen, und vor allem ist es die akademische Jugend, die im Weibe nichts sieht als das Geschlechtsweesen, der die Frau in den Universitätskassen ein Greuel ist. Soweit bürgerliche Kreise in Betracht kommen, sind es denn ja auch gerade Studenten, die sich in Rohheits excessen gegen Frauen hervor- thun.

Hierbei fällt denn ja noch eine für die heutigen Zustände charakteristische Erfahrung ins Gewicht. Kommt ein Arbeiter, dem sein Mangel an Erziehung als mildere Umstand anzurechnen ist, wegen einer Ausschreitung vor den bürgerlichen Richter, so kann er darauf bauen, daß harte Gefängnisstrafe seiner harret. In einer Reihe von Gerichtsverhandlungen, die sich gegen Angehörige von gebildeten Akademikern richteten, sind die Angeklagten dagegen mit oft auffallend milden Selbststrafen davongelkommen; von Gefängnisstrafe wurde bei ihnen nur Teil unter der ausdrücklichen Betonung abgesehen, daß ihre Karriere nicht verdorben werden solle. Auch hieraus mag man Schlüsse ziehen über Vorurteile, denen der Minister nunmehr mit verstärkter Kriminalpolizei zu Leibe gehen will.

Eine freisinnige Forderung ist endlich erfüllt worden. Nachdem alle Schwierigkeiten behoben worden sind, ist jetzt in aller Form Rechts den Magistrats-Assessoren: Gevebergers, Direktor v. Schulz, Mitterbradt, Dr. Leo, Dr. Meyer, Dr. Vuls, Dr. Krembold, Lohmeyer, Dr. Schallhorn, Hellwig, Dr. Ledermann, Ledebur, Dr. Brack, Hamburger und Dietert die Amtsbezeichnung „Magistratsrat“ beigelegt worden. Sämtliche 14 Herren sind lebenslanglich angestellt und länger als sieben Jahre in der städtischen Verwaltung thätig. Die übrigen 13 Magistrats-Assessoren und juristischen Hilfsarbeiter sind erst einige Jahre im Rathause thätig.

Zu der sensationellen Prozeßsache gegen den Staatsanwaltschafts-Sekretär Waganz, der sich seit mehreren Monaten in Untersuchungshaft befindet, ist nach Abschluß der Voruntersuchung nunmehr formell das Hauptverfahren eröffnet und ein bestimmter Verhandlungstermin bereits für Ende dieses Monats in Aussicht genommen. Die Anklage richtet sich nunmehr gegen neun Personen: den Sekretär Waganz, dessen Ehefrau, ferner den Administrator Hörmann, den Kommerzienrat Edward Sanden, den im Sanden-Prozeß mit angeklagt gewesenen Direktor Buchmüller, den Justizrat A. Raepel, der jetzt als Rittergutsbesitzer seinen Wohnsitz außerhalb Berlins hat, den Direktor Polzin und den Goldworenhändler Aufrecht. Der gleichfalls in die Sache verwickelt gewesene Kaufmann Courth hat sich bekanntlich vor einiger Zeit im Untersuchungsgefängnis erhängt. Von den Angeklagten befindet sich nur ein Teil in Untersuchungshaft. Frau Waganz ist sehr bald nach ihrer Verhaftung wieder auf freien Fuß gesetzt worden, ebenso sind Buchmüller und Justizrat Raepel — letzterer gegen Stellung einer Bürgschaft von 150 000 M. — aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Ed. Sanden befindet sich bekanntlich in Strafhaft und es bräunte aus diesem Grunde eine Untersuchungshaft nicht angeordnet werden. Waganz wird sich wegen wiederholten Amtsverbrechens zu verantworten haben. Er ist geständig, in fünf Fällen in schwelbenden Strafprozessen beteiligten Personen aus den Akten Mitteilungen gegen Entgelt gemacht zu haben. Die Summen, die ihm für diese

Liebesdienste, zu denen er angeblich durch den Angeklagten Hörmann verleitet sein soll, gezahlt worden sind, sollen in einigen Fällen 8000 und 10 000 M. betragen haben. Die übrigen Angeklagten haben sich wegen Beihilfe bzw. Vesteuerung zu verantworten. Raepel und Polzin haben sich wiederholt, insbesondere in der Entscheidungssache des letzteren, als grimmige Feinde gegenüber gestanden. Die Verhandlung wird Ende dieses Monats die zweite Strafkammer des Landgerichts I vorwiegendlich mehrere Tage beschäftigen. Den Vorsitz wird Landgerichts-Direktor Dvigh führen. Waganz wird durch Rechtsanwält Dr. Rosenfeld, Raepel durch Justizrat Kleinholz, Hörmann durch Justizrat Rosenbaum und Rechtsanwalt Dr. Werthauer, Polzin durch Rechtsanwält Morris, Sanden und Buchmüller durch Justizrat Bronner verteidigt werden. Die Anklagebehörde wird Staatsanwalt Braut vertreten.

Der Fehlbetrag des Berliner Stadthaushalts - Etats für 1902/03 stellt sich nach dem Haupt-Jahresabschluss der Stadt-Hauptkasse auf 2 131 538 M. Dieser Fehlbetrag ist in der Hauptsache entstanden durch Wünderüberschüsse bei den städtischen Werken und durch den geringeren Ertrag der Gemeindesteuern, sowie durch Mehrausgaben bei der Armenverwaltung, für die Kranken- und Gesundheitspflege.

Der „Vorwärts“ verteidigt die Lebensmittel-Verteuerung! Mit diesem Satz beginnt die „Staatsbürger-Zeitung“ ihre Antwort auf unsere Ausführungen in Sachen des Markthallen- Ueberzuges. Das Blatt häßt sich selbstverständlich auch jetzt noch, davon zu sprechen, welche Warenmengen in den Markthallen umgekehrt werden. Die Behauptung, der „Vorwärts“ verteidige die Lebensmittel-Verteuerung, ist so blödsinnig, daß sogar die Leser der „Staatsbürger-Zeitung“ merken werden, daß das Blättchen geschwindelt hat.

Eine Kundgebung aus Schriftstellerkreisen gegen die Verhaftung der Redakteure Karl Reid vom „Vorwärts“ und Hildebrandt von der „Hilfe“ hatte veranlaßt, daß sich am Donnerstag eine von ca. 1500 Personen besuchte Versammlung in den Germania-Sälen sehr eingehend mit den heutigen Rechtszuständen in Deutschland befaßte. Schriftsteller Schütte als Leiter der Versammlung betonte, die Kundgebung trage keinerlei parteipolitischen Charakter, sondern entspringe der freien Solidarität, die alle Schriftsteller, soweit sie sich nicht selbst zu gesinnungslosen Soldschreibern degradieren hätten, mit einander verbinden müsse. Als erster Redner behandelte Herr Senna Hoy die Ursachen der Verhaftung Leids und Hildebrandts und wies deren völlige juristische Haltlosigkeit im ersten, wie auch die Unmöglichkeit des Zeugniszwangsverfahrens im letzteren Fall nach. Der Redner erblickte in der Aktion gegen die beiden Redakteure den Teil einer systematischen Untergrabung des Vertrauens zur Justiz gerade seitens derjenigen Personen, die sich stets als berufene Verteidiger der heutigen Rechtspflege gerieren; er gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß sich durch dieses Vorgehen gegen zwei ehrenhafte Journalisten die weite Kluft zwischen dem Rechtsbewußtsein des Volkes und der heutigen Handhabung unserer Rechtspflege noch unendlich vergrößern müsse. Den zweiten Vortrag hielt der Schriftsteller Adolf Brandt. Er verbreitete sich hauptsächlich über das vielbesprochene Entmündigungsverfahren, dem der Stabsarzt Dr. Sternberg vor einigen Jahren zum Opfer fiel, und richtete dabei scharfe Angriffe gegen die Handhabung des Jureverdicts wie auch gegen mehrere in dieser Sache beteiligte höhere Staatsbeamte. Die Diskussion bewegte sich vorwiegend im Sinne des ersten Referats. Zur Annahme gelangte eine längere Resolution, in der entschieden gegen die Verhaftung der Redakteure Leid und Hildebrandt protestiert wurde. Gleichzeitig beschloß die Versammlung, an beide ein Sympathie-Telegramm abzuschicken.

Eine polizeiliche Suche nach einem Vermissen hat wieder mit einer großen Ueberraschung geendet. Am 5. August verschwand ein 24-jähriger Schlosser E., der bis dahin bei seiner Mutter, der Witwe E., gewohnt hatte. Am 6. August wurde er von seinen Angehörigen auf dem zuständigen Polizeibureau als vermißt gemeldet. Er wurde dabei genau nach Aussehen und Kleidung beschrieben, sein Rationale wurde richtig und vollständig angegeben, und es wurde hinzugefügt, daß der Vermisste geistig nicht ganz normal sei. Die polizeilichen Nachforschungen blieben erfolglos wie die von den Angehörigen selber angestellten Ermittlungen. Wochen waren bereits vergangen, als endlich am 29. August in der Wohnung der Witwe E. ein Schutzmann erschien, daß der Polizei übergebene Bild des Vermissten zurückbrachte und die Mitteilung machte, daß E. gefunden sei. Auf die Frage, wo er sei, erwiderte der Schutzmann: „In Zegel, im Gefängnis.“

Die Angehörigen stellten nun fest, daß E. wegen groben Unfugs von der Polizei festgenommen, an die Stadtvogtei abgeliefert, zu einer Woche Haft verurteilt und nach Zegel überwiesen worden war. Der grobe Unfug hatte darin bestanden, daß E. — der, wie oben bemerkt, geistig nicht normal ist — im Abenddunkel das Gitter des Denkmals auf dem Kreuzberg geöffnet und den umfriedigten Raum betreten hatte. Am welchem Tage das Geschehen ist, an welchem Tage also der Vermisste der Polizei in die Hände gefallen ist, wird sich feststellen lassen, wenn E. aus der Haft entlassen sein wird. Man wird dann auch erfahren, wann er aus der Stadtvogtei nach Zegel gebracht worden ist. Der Schutzmann, der die Wiederauffindung zu melden hatte, hat versichert, daß sei am 25. August geschehen. Auf dem Bureau des Zegeler Gefängnisses wurde einem Bruder des E. der 20. August genannt, und der Befangene selber gab ihm den 14. August an, indem er hinzufügte, daß am 11. September seine vier Wochen im seien. Da E. außerdem sieben Tage in Untersuchungshaft gefesselt haben soll, so müßte er bereits am 7. August der Polizei in die Hände gefallen sein.

Wir wollen für heute auf jede Kritik dieses Vorkommnisses verzichten. Vielleicht bezieht sich das Polizeipräsidium, die nötigen Aufklärungen sofort zu geben. Wir werden dann die Erläuterungen dazu liefern. Unsere Leser wird der Ausgang dieser Vermisstenjagd einigermaßen an die Schicksale des Gärtner's Ernst Schulze erinnern, den die Polizei gleichfalls so gut verwarth hatte, daß sie selber ihn wochenlang nicht finden konnte.

Som Tingeltangel-Komiker zum Kapitän der Heilsarmee hat es ein gewisser S. gebracht. Seine neuen Kameraden scheinen große Stücke auf ihn zu halten, wenigstens laden sie zu einer besonderen Versammlung in der Schulzendorferstraße ein, welche der Anklage zufolge von Kapitän S., dem geretteten Komiker, geleitet werden soll.

Das Mängel-Rügen in der Berliner Konfektions-Industrie ist leider nach dem bisherigen Handelsgebrauch an keine bestimmte Frist gebunden und hat deshalb vielfach zu gerichtlichen Klagen und andern Differenzen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber geführt. Man wird unweifelhaft zugeben müssen, daß eine gründliche Durchsicht und Prüfung der Ware nicht immer sofort nach erfolgter Lieferung vorgenommen werden, auch in manchen Fällen bei der Schwierigkeit der Prüfung eine längere Zeit beansprucht werden kann, aber ebenso unzweifelhaft ist es, daß irgendwie doch eine fest umgrenzte Zeit tariflich festgelegt werden müßte, innerhalb welcher das Rügen von Mängeln geschehen muß, um rechtliche Wirkung zu haben. Leider hat sich die Berliner Handelskammer zu diesem für beide Teile gerechten und einfachen Standpunkt nicht aufschwingen

können, als sie vor kurzem ein gerichtliches Gutachten abzugeben hatte, um dem Gerichte zu helfen, den unerquicklichen Zuständen ein Ende zu machen. Besonders sind es die kleineren Geschäfte, für die die Handelskammer es nicht für möglich und angängig hält, die gelieferten Waren bald zu prüfen und eventuell zu rügen, weil hier diese Aufgabe den Chefs selbst zufalle, während in großen Geschäften besondere Angestellte diese Aufgabe haben. Da die Gerichte sich nun in Zukunft wohl erst recht dieser unbestimmten, dehnbaren und unentschiedenen Haltung der Handelskammer anschließen werden, wird es Aufgabe der Arbeitnehmer-Organisationen sein, immer mehr eine bestimmte Frist für das Rügen-Rügen tariflich durchzusetzen.

Erstattungen aus Invaliditäts- und Altersrenten sind im Jahre 1902 wieder in großer Zahl durch Armenverwaltungen bei der Landes-Versicherungsanstalt Berlin beantragt worden. Zu erledigen waren im ganzen 1776 Anträge dieser Art, 1735 Ansprüche auf Invaliditätsrenten, 41 auf Altersrenten. Davon wurden 24 wieder zurückgezogen, 77 abgelehnt, 1465 bewilligt. Im ganzen wurden auf Grund der Bewilligungen 88 068,55 M. erstattet, wovon das meiste an Berlin, ein kleinerer Teil an auswärtige Armenverwaltungen überwiesen wurde. Der hiesigen Armenverwaltung wird, damit sie ihre Ansprüche rechtzeitig anmelden kann, von jedem Renten-antrage Mitteilung gemacht.

Das Verschwinden eines kostbaren Perlenschnur, das vor drei Jahren Aufsehen erregte, hat jetzt eine unerwartete Auffklärung gefunden. Während man den Diebstahl früher dem bekannten Hotel-schwindler Manolescu zur Last legte, ohne diesen überführen zu können, ist jetzt als der wirkliche Täter ein anderer Hotel-dieb Namens Sigismund v. Jarostowski ermittelt worden. Dieser wurde am 21. November 1900 dabei betroffen, als er auf der Hintertreppe eines hiesigen erstklassigen Gasthofes, wie er sagte, zu einem im Hotel wohnenden russischen Kapitän gehen wollte. Er behauptete, daß er den ungewöhnlichen Weg nur gewählt habe, weil er den Kapitän unter vier Augen um ein Darlehen haben bitten wollte. Bald darauf entdeckte die Gattin des Kapitäns, daß ihr ein Hals- und Haarschmuck aus Perlen im Werte von 40 000 Mark fehlte. Diesem Diebstahl folgten noch mehrere in demselben Hotel und in andern. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei wiesen auf Manolescu hin, der damals gerade hier sein Unwesen trieb. Während er aber in allen andern Fällen überführt und vor Gericht gestellt wurde, konnte man ihm den Diebstahl des wertvollen Schmuckes nicht nachweisen. Später wurde dann Jarostowski wegen andrer Straftaten zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Während er diese verbüßte, wurde immer noch nach dem Perlenschnur gesucht. Endlich gestand v. Jarostowski, daß er ihn gestohlen habe. Er war, als man ihn auf der Hintertreppe traf, bereits in dem Zimmer gewesen und hatte sich den Schmuck schon angeeignet. Wie er nun weiter angeht, hatte er mit zwei andern Männern die Deute geteilt. Diese hatten den Schmuck bei einem Juwelier für einen Spottpreis verkauft, bei der Abrechnung aber den Dieb noch gründlich über's Ohr gehauen. Statt 1200 M., die sie ihm hätten geben müssen, gaben sie ihm nur 600 M., und v. Jarostowski war großmütig genug, ihnen noch je 50 M. davon abzugeben. Daß er betrogen war, erfuhr er erst später. Die Vernehmung des Juweliers brachte nämlich den wirklichen Preis ans Licht. Der gutgestellte Mann wollte zuerst nur zugeben, daß er einige Perlen gekauft habe, räumte dann aber den Erwerb des ganzen Schmuckes ein und gestand, daß er ihn zerlegt und die Perlen einzeln gefaßt und weiter veräußert habe. Als nun der Dieb erfuhr, daß seine Helfershelfer ihn geprügelt hatten, gab er auch sie preis. Sie waren ein früherer Kellner, jetziger Radmacher v. Domaros und ein Rennfahrer Fischer. Kriminalkommissar Wein ließ darauf die Rennbahnen überwachen, ermittelte v. Domaros in Baden-Baden, überwachte ihn scharf und ließ ihn im geeigneten Augenblick festnehmen. v. Domaros hat bereits ebenfalls ein Gefängnis abgelegt und ist hierher gebracht. Er wußte ebenso gut wie Fischer, daß v. Jarostowski den Schmuck gestohlen hatte. Auch der Juwelier mußte das schon aus dem geringen Preise schließen. Gegen ihn ist daher ebenfalls wegen Hehlerei ein Strafverfahren eingeleitet worden. Da er aber Hausbesitzer und nicht fluchtverdächtig ist, hat man ihn auf freiem Fuß gelassen.

Der Eisenbahnunfall bei Teltow bildete den Gegenstand eingehender Besprechungen in der letzten Sitzung des Vereins Berliner Lokomotivführer. Schuppe, der dem 32. Käsen starken D-Juge von Halle aus Vorspann leistete, hatte in der That das Deckungs-signal an der Umbaufstelle rechtzeitig erkannt und bereits 1500 Meter vor dem Ort des Zusammenstoßes die Lokomotivbremse in Thätigkeit gesetzt. Da er jedoch keine Bremswirkung verspürte, nahm er die Notbremse vor und gab, wie viele Zeugen bekundet haben, mit der Dampfhebel ununterbrochen Notsignal. Leider hatte der Zugführer das Notsignal anfänglich auf die dort beschäftigten Streckenarbeiter bezogen und es daher unbeachtet gelassen. Als er aber an dem im Waggons befindlichen Manometer erkannte, daß der Zug noch nicht gebremst war, setzte er die Radwagenbremse in Thätigkeit und erzielte damit eine sofortige Wirkung; denn die Geschwindigkeit, die ursprünglich 100 Kilometer in der Stunde betrug und durch das Anziehen der beiden Tenderbremsen auf etwa 60-70 Kilometer erniedrigt worden war, nahm derartig ab, daß sie beim Zusammenstoß nur noch 10 Kilometer betrug. In der Besprechung über die Ursache des Verlangens der Bremse wurden zunächst die thatsächlichen Momente festgestellt. Das Verlangen der Bremswirkung an der Unfallstelle suchten die anwesenden Sachverständigen damit zu erklären, daß in dem Schlauche, der die zweite Lokomotive mit dem Zuge verband, eine Verstopfung durch die Gummielastgeleite eingetreten sein müsse. Hierdurch sei der zur Bremsung des Zuges notwendige Luftaustausch aus der Zugleitung verhindert und eine Bremsung des Zuges unmöglich gemacht worden. Auf diesen Umstand dürfte der Unglücksfall zurückzuführen sein.

Som Teltowkanal wird die östliche Endstrecke, durch die der Kanal bei Grünau in die Dahme ausfließt, in Kürze vollendet sein. Die Ueberführungsbrücke der Berlin-Görlitzer Eisenbahn ist fertig und für beide Geleise in Benutzung genommen. Auch die dicht daneben errichtete Ueberführungsbrücke für die Chaussee Berlin-Grünau ist jetzt soweit gefördert, daß sie bald dem Verkehr wird übergeben werden können. Die während des Baues beider Brücken benutzten Umschlagdämme der Eisenbahn und der Chaussee werden dann durchstoßen, so daß die Verbindung der oberhalb und unterhalb gelegenen Kanalstrecken hergestellt ist. Westwärts wird der Wasserlauf noch durch die Landstraße von Adlershof nach Alt-Glienide unterbrochen. An der Ueberführungsbrücke für diesen Weg ist mit der Aufbringung der Eisenkonstruktion begonnen worden. Wenn die Brücke fertig ist, wird auch hier der Umschlagdamm durchstoßen werden.

Zur Befestigung des Engpasses in der alten Jakobstraße geht der „Post“ folgende Mitteilung zu: Mit dem Niederrichten sämtlicher alten Gebäude, welche sich auf den Grundstücken Alte Jakobstraße 20/21 befinden, wird am 1. Oktober d. J. begonnen werden. Diese Grundstücke sind von der Erbschaftsaktion Carl Rudolf Bergmann, Berlin S. 42, Alexandrinenstraße 68/69, Inhaber R. Bergmann und A. Rosenbergs, angekauft worden und ein großes Geschäftshaus wird auf diesen errichtet werden, das gegen 20 000 Quadratmeter ausmündbare Innenfläche haben wird. Die Firma wird ihren eignen Fabrikbetrieb in diesen Neubau verlegen und einen großen Teil der Räume vermieten. Es verschwindet somit auch das unter dem Namen „Mutter Diegens Hütte“ bekannte kleinste Haus Berlins. Das Märkische Provinzial-Museum hat verschiedene photographische Aufnahmen herstellen lassen.

Wegen einer Gasexplosion in einem Laboratorium des ersten Stabs-Friedrichstr. 8 (Admiralgarten-Pab) wurde am Freitag die

Feuerwehr alarmiert. Arbeiter waren dort mit dem Ausbessern einer Gasleitung beschäftigt und hatten dabei mit offenem Licht die Decke des Laboratoriums, wo sich das ausgeströmte Gas angesammelt hatte, abgeleuchtet. Durch die Gewalt der Explosion wurde nicht nur Materialschaden im Laboratorium, sondern auch am Hause verursacht und ein Arbeiter verletzt. Gleichzeitig mußte in der Altonaerstraße 5 ein Brand gelöscht werden, der durch ein Spiritusplättchen entstanden war. Ferner hatte die Feuerwehr in der Langestr. 3 mit einem Wohnungsbrande und in der Brombergerstraße (Ostbahnhof) mit einem Pflanzhausbrande zu thun.

Die Fahrversuche der Studiengesellschaft für elektrische Schnellfahrten sollen, wie wir hören, gegen Ende dieses Monats auf der Militärbahn zwischen Mariensfelde und Josten wieder aufgenommen werden. Wie immerlich, brachten es die beiden Motorwagen von Siemens u. Halske und der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft im vorigen Jahre auf eine Höchstgeschwindigkeit von 160 Kilometer per Stunde, in Aussicht genommen war die Erreichung einer Fahrgewindigkeit von 200 Kilometer per Stunde. Um dies Ziel erreichen zu können, mußte der alte, viel beanspruchte Oberbau der Militärbahn vollständig erneuert und bedeutend verstärkt werden. Diese Arbeiten sind jetzt vollendet; es sind jetzt durchweg schwerere Eisenbahnschienen (42 Kilogramm pro laufenden Meter, anstatt der gewöhnlichen von 36 Kilogramm Gewicht) zur Verwendung gelangt und die Zahl der Querschwellen erheblich vermehrt worden, so daß jetzt auf 12 Meter Schienenlänge 18 Schwellen kommen. Um ferner die Entgleisungsgefahr auf ein Minimum herabzudrücken, wurden Zwangsschienen angeordnet, die auf besonders konstruierten Stützen ruhen und die Köpfe der Schienen um etwa 5 Centimeter überheben. Hand in Hand mit diesen Verbesserungen gingen wesentliche Veränderungen der beiden Schnellbahn-Motorwagen, welche diesen einen ruhigeren Lauf sichern und die Entgleisung der Räder verhindern sollen. Zu diesem Behufe haben die Wagen Drehgestelle mit größerem Radstand erhalten, auch sind die Drehzapfen verschoben und die ganze Konstruktion übersichtlich angeordnet worden, damit man die Federn während des Betriebes besser beobachten kann. Endlich sind die Wagen noch mit verschiedenen neuen Vorrichtungen ausgerüstet worden, mit welchen die Geschwindigkeit, der Luftwiderstand, die Bewegungswiderstände usw. genauer kontrolliert werden können, auch auf der Strecke der Militärbahn werden zu dem Behufe Kontakte angebracht. Da auch die beiden Wagen fertiggestellt sind, können, sobald die jetzt stattfindenden Revisionsarbeiten auf der Strecke beendet sind, kleinere Fahrversuche zur Prüfung des Oberbaues, der jetzt einen außerordentlich stabilen Eindruck macht, stattfinden. In Mariensfelde herrscht schon gestern ein reges Leben; man sah dort die an den Schnellfahr-Versuchen beteiligten Ingenieure mit ihren Beamten die Wagen besichtigen und revidieren, die Strecke besichtigen usw.

Ein entsetzlicher Unglücksfall hat sich gestern in unmittelbarer Nähe der Schönholzer Heide ereignet. Dort werden die zu den Straßenpflanzungen nötigen Materialien mittels sogen. Kipp-Lokomotiven angefahren. Trotz der wiederholten Verbote machen sich nun Kinder ein Vergnügen daraus, sich an die Wagen anzuhängen. Die fünfjährige Elise Feuder aus Pantow geriet dabei gestern so unglücklich unter einen der Wagen, daß ihr die scharfkantigen Eisenträger den Leib buchstäblich aufschlitzten. In hoffnungslosem Zustande wurde das Kind nach dem Lazarus-Krankenhaus geschafft.

Drei Sammelkisten für die Agitation unter den proletarischen Frauen sind in einem Bortomomais gestern am Circus Busch verloren gegangen. Der Finder wird gebeten, den Fund bei Seeger, Stolbergerstr. 26, abzuliefern.

Das Opfer einer Benzinexplosion ist nach einem langen qualvollen Schmerzenslager das 26 Jahre alte Dienstmädchen Wilhelmine Wingerat geworden, das in der Wilowstr. 19 in Stellung war. Das Mädchen kam beim Handabwaschen mit der Benzinflasche einem offenen Licht zu nahe. Die Flasche explodierte und es verbrannte sich schwer am Hals, an der Brust und an beiden Händen. Keim Wochen mußte die Verunglückte leiden, bis der Tod sie jetzt im Krankenhaus erlöste.

Hus den Nachbarorten.

Treptow - Baumfchulenweg. Heute Nachtabend im Restaurant Königsheide, Baumfchulenstr. 65.

Aus Spandau schreibt man uns: Von dem neuen Kriegsminister, dem zitatenstichtigen Herrn v. Einem wissen wird, daß Mars die Stunde beherrscht! Wie Mars herrscht, darüber können die Spandauer Staatsarbeiter ein Lied singen. Um die „zu hohen“ Produktionskosten herabzudrücken — in Wirklichkeit um auf Kosten der Arbeiter das Loch im Staatsbudget zum Teil zu stopfen — sind bekanntlich seit ca. 2 Jahren fortwährend Massenklindigungen in größerem Umfang vorgenommen worden.

Die letzte Klindigung, unmittelbar nach der Reichstagswahl, schlug ganz und gar dem Fah den Woden aus. Einer größeren Zahl der Gehlndigten wurde nämlich bald nach der Klindigung die von immiger sozialer Fürsorge“ diktierte Mitteilung gemacht, daß sie sich an einem bestimmten Tage bei der Direktion irgend eines a u d r e n Instituts melden sollten, dort würden sie sogleich wieder eingestellt werden. Diese WiederEinstellung erfolgte denn auch in solchen Fällen, zumeist aber war damit — — eine empfindliche Reduzierung des Lohnes verbunden. Arbeiter des Feuerwerks-Laboratoriums z. B., die dort vielleicht in Lohnklasse II standen, wurden die nach der Munitionsfabrik „abgehoben“ wurden, wurden hier in Klasse III eingestellt, andre Arbeiter kamen gar aus Klasse III zu den Hofarbeitern, die einen Höchstlohn von 3,50 M. pro Tag haben. Welche Erbitterung dieses bei den von solcher „Fürsorge“ betroffenen Arbeitern erregen mußte, die teilweise eine Dienstzeit von zwölf Jahren und darüber zurückgelegt haben, kann man sich denken. Zu müssen wagt aber niemand und zwar am allerwenigsten in der gegenwärtigen Zeit, wo

die Furcht vor dem Demagogentum dermaßen eingerissen ist, daß oft die besten Freunde einander nicht mehr soviel trauen, um sich gegenseitig frei anzusprechen.

So rächt sich die eigne Schuld der Staatsarbeiter, die es unterlassen haben, beizeiten in der gewerkschaftlichen Organisation ihren Rückhalt zu suchen.

Nast triumphierend konnte der „Anzeiger für Havelland“ seiner Zeit berichten, daß durch diese Verschiebung von Arbeitern von einem Institut nach dem andern die hier von besonders betroffenen Arbeiter des Feuerwerks-Laboratoriums in Spandau bestraft werden sollten, weil ihre Klagen kein Ende nahmen, obgleich sie doch eigentlich „keinen Anlaß“ zum Klagen gehabt hätten. Der „Anzeiger für Havelland“ verwies damals und auch erst kürzlich wieder darauf, daß jetzt ein Teil der Aufträge, die solange im Spandauer Institut ausgeführt wurden, nach dem gleichartigen Institut nach Siegburg wandern, welches „billiger“ produziere.

Immerhin wird dem „neuen Herrn“ hoffentlich sehr bald Gelegenheit geboten sein, sein socialpolitisches Glaubensbekenntnis in seiner neuen Eigenschaft als Kriegsminister vor dem Reichstage abzulegen, und er wird dann auch Aufschluß darüber geben müssen, ob ihm etwa die Februar-Erlasse von den „Musterwerkstätten“ ganz unbekannt sind.

Ob Herr v. Einem auch dann mit einem billigen Citat das Feld zu behaupten hofft??

In Klein-Schönbeck bei Friedrichshagen brannte Donnerstagabend das Gehöft des Landwirts Grassid zum großen Teil nieder. Die Flammen fanden in den aufgeschichteten Kornvorräten reiche Nahrung. Außer den Gebäuden ist auch Vieh verbrannt.

Rixdorf. Von einem schweren Unfall betroffen wurden gestern die Steinlegemeister Gebrüder Otto aus der Richardstraße 111. Beide Brüder wollten mittels Brecks nach Treptow fahren. Auf der Treptower Chaussee schante plötzlich das Pferd, ging durch und raste in einen Motorwagen der Straßenbahn hinein. Während der Wagen hierbei total zertrümmert wurde, wurden die Insassen auf den Straßenrand geschleudert. Während der eine der Brüder mit Kopfverletzungen und dem Bruch des linken Armes davonkam, erlitt der andre innere Verletzungen und eine Rippenverstauchung. Die Verunglückten wurden nach der nächsten Rettungswache und von dort nach ihrer Wohnung gebracht.

In der humanistischen Gemeinde, Niederwallstr. 12, in der Aula der Friedrich-Werderschen Ober-Realschule, hält am Sonntagvormittag 10^{1/2} Uhr Herr Dr. Rudolf Venzig einen Vortrag über: „Die Socialreform bei von Nazareth.“ — Damen und Herren haben freien Zutritt.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, 6. September, vorm. 8^{1/2} Uhr, in der Aula der 69. Gemeindefchule, Kleine Frankfurterstr. 6: Versammlung. „Freireligiöse Vorlesung.“ — Um 10^{1/2} Uhr vormittags ebendasselbst: Vortrag des Hrn. Ida Altman: „Nichtchristliche Märtyrer.“ Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen. — Montag, 7. September, abends 8^{1/2} Uhr pünktlich, im unteren Saale des Central-Klubhauses, Am Königsgraben 14a: Besprechende Versammlung. Zahlreiche Beteiligung notwendig. Wichtige Tagesordnung.

Vermischtes.

Kapellmeister Zumppe ist gestern in München an Herzschlag gestorben. Zumppe, der nur ein Alter von 54 Jahren erreicht hat, stand als Wagner-Dirigent, als Kapellmeister der Münchener Hofoper auf der Höhe des Ruhmes, als ihn so plötzlich der Tod ereilte. Ein Schüler des großen Bayreuther Meisters, leistete er diesem in jungen Jahren bei der Fertigstellung der Partitur zu den Nibelungen hilfreiche Hand und studierte den Sängern in Bayreuth die Partien ein. Dann war er in verschiedenen deutschen Städten, u. a. 1884 neben Joseph Sudeh in Hamburg am Stadt-Theater Kapellmeister. Trat hier schon seine Tüchtigkeit hervor, so noch mehr, als er in Stuttgart und später in Schwerin in gleicher Stellung wirkte. Nach dem Tode von Hermann Levi ging er an die Münchener Opernbühne. Zumppe hat sich in jüngeren Jahren auch als Operetten-Komponist erfolgreich versucht. Sein „Parinelli“ mit dem Schlager „Küsse mich, o Mamma!“ ging vor bald 21 Jahren über alle Operettenbühnen Deutschlands.

Schwerer Marder-Unfall. Die „Pfälzische Presse“ meldet aus Landstuhl: Beim gestrigen Brigade-Exerzieren der 3. Feldartillerie-Brigade schaute das Pferd des Leutnants Hartmann, der unter ein Geschütz geriet und tödlich verletzt wurde. Ueber dieses Geschütz stürzte ein andres, wodurch mehrere Kanoniere verletzt wurden, darunter drei schwer. Leutnant Hartmann starb am Nachmittag im Krankenhaus zu Landstuhl.

Ueber die Verhandlungen des Internationalen Kongresses für Volkshygiene, der jetzt in Brüssel tagt, wird vom Freitag berichtet: In der ersten Abteilung machte Dr. Martin vom Institut Pasteur in Paris interessante Mitteilungen über die Erfolge, welche mit der Serumbehandlung an Diphtheritis erkrankter Kinder erzielt wurden. In der sechsten und siebenten Abteilung wurden die Mittel zur Bekämpfung der Pest besprochen. Es wurde anerkannt, daß die Quarantäne über Personen, die aus Ländern kommen, in welchen die Bubonepest ausgebrochen ist, ihren vezatorischen Charakter verlieren müsse. Die Pest würde viel wirksamer durch Einrichtung eines Sanitätsdienstes an Bord der Transportschiffe und durch Vernichtung der Ratten bekämpft werden.

Eine schwere Rapptha-Explosion hat sich, wie aus Odessa gemeldet wird, auf dem Bibi-Gibat zugetragen. Eine seit längerer Zeit brennende Rapptha-Fontaine explodierte plötzlich, als man durch Aufwerfen von Sand das Feuer und das unterirdische Springen unterbrechen wollte. 16 Personen wurden mit brennendem Rapptha übergossen und verbrannt, vier andre erlitten schwere Brandwunden. Gegehr die Aufseher und Beamten ein Strafverfahren eingeleitet worden, weil sie, ohne Hilfe zu bringen, ihr Heil in der Flucht suchten.

Aus Thora wird berichtet: Die von dem Kreisarzt Steeger vorgenommene Untersuchung wegen der hier vorgekommenen Typhus-Erkrankungen hat ergeben, daß letztere durch den

Genuß von eingeführter Milch herborgerufen sind; die erforderlichen Vorsichtsmaßregeln sind getroffen, weitere Erkrankungen sind nicht vorgekommen.

Eine Typhus-Epidemie ist in Wredow bei Stettin ausgebrochen und hat nach einer Meldung des „Berl. Tagebl.“ die Zahl von dreißig Erkrankungen schon überschritten. Wredow ist der durch die Betriebe der Schiffswerft „Dulkan“ bekannte Vorort von Stettin und hat lediglich Arbeiterbevölkerung, die größtenteils in engsten Straßen dicht aneinandergedrängt wohnen müssen. Dazu kommt seit Jahren eine ungenügende Wasserleitung und Kanalisation, die jetzt selbst von bürgerlichen Vätern für diese Epidemie mit verantwortlich gemacht wird. Die Folgen der schlechten Wohnungen, der mangelhaften Wasserleitung und Kanalisation werden hier noch besonders verschärft durch die hügelige Gegend, auf der der Ort sich ausbreitet, und die den Abfluß des Grundwassers außerordentlich erschwert. So sehr diese Dinge seit Jahren auch schon öffentlich gerügt wurden, so sehr besonders Anfang der 90er Jahre die Cholera die Aufmerksamkeit der oberen Verwaltungsbehörden auf diese Zustände hinlenkte — etwas wirklich Eingreifendes und Besserndes ist nicht geschehen. Die Folgen der jetzt so plötzlich ausgebrochenen Epidemie sind bei diesem Zustande der Dinge deshalb auch noch gar nicht abzusehen, zumal Wredow in ununterbrochener lokaler Verbindung durch Häusermassen mit der Stadt Stettin in Verbindung steht und andererseits mit weiteren Arbeitervororten wie Jätschow und Völlin, wo die Dinge nicht besser liegen.

Hr. Montagu Holbein, der bekannte englische Schwimmer, der bereits dreimal den Kanal zwischen England und Frankreich zu durchschwimmen versuchte, dabei aber stets, so zu sagen im letzten Moment, durch ungünstige Ebbe am Erfolge verhindert wurde, machte am Dienstagabend seinen vierten Versuch von der englischen Küste aus. Gegen 7 Uhr abends ging Holbein in die vollständig ruhige See von einem Schlepper begleitet, auf dem sich Zeitungskorrespondenten, Sportleute und vor allen Dingen ein Arzt und Mrs. Holbein befanden. Beim Durchschwimmen des Kanals hat der Schwimmer natürlich mit Ebbe und Flut zu rechnen. Holbein rechnete darauf, daß ihn die Flut zunächst direkt von Dover nach Osten tragen werde, daß er dann von der Ebbe bis südlich Kap Crisnez oder doch bis in die Nähe von Kap Crisnez gebracht und von der zweiten Flut an die französische Küste getragen werden würde. Seine Berechnungen waren durchaus richtig und hätten, da der Schwimmer in vorzüglicher Verfassung war, das gewünschte Resultat ergeben müssen, wenn nichts Ungewöhnliches eintrat. Letzteres geschah aber, indem die Ebbe eine merkwürdig schwache war und Holbein nicht so weit nach Süden trug, wie unter normalen Umständen hätte der Fall sein müssen. Infolge dieses Umstandes zog ihn die zweite Flutzeit nicht nach der französischen Küste hin, sondern zuerst mit der Küste parallel und schließlich von der Küste weg. Als Holbein nach einem Schwimmen von 17 Stunden und 20 Minuten den Kampf mit der Flut aufgab, war er acht Meilen von der französischen Küste entfernt, während er vier Stunden vorher dieser schon auf 4^{1/2} Meilen nahe gekommen war. Es würde ihm vielleicht noch gelungen sein, französischen Boden zu erreichen, wenn er bis zur nächsten Ebbe ausgehalten hätte. Dies würde jedoch eine weitere Schwimmleistung von 7 Stunden vorausgesetzt haben. Außerdem hätte Holbein dann nicht erreicht, was er wollte, d. h. er hätte nicht den Rekord für das Durchschwimmen des Kanals gebrochen, da Kapitän Webb, der einzige, der bisher thatsächlich den Kanal durchschwommen hat, dies in weniger als 24 Stunden that. Holbein erklärte übrigens, daß dies der letzte Versuch gewesen sei, den er gemacht habe.

Marktpreise von Berlin am 3. September 1903

nach Ermittlungen des Hl. Polizeipräsidiums.		Kartoffeln, neue D.-Utr.		7,00	5,00
*Weizen, gut D.-Utr.	16,90	16,16	Kartoffeln, neue D.-Utr.	7,00	5,00
„ mittel	16,12	16,08	Rindfleisch, Rente 1 kg	1,80	1,20
„ gering	16,04	16,00	„ „ „	1,40	1,00
*Roggen, gut	13,10	13,08	Schweinefleisch	1,90	1,30
„ mittel	13,06	13,04	Rindfleisch	1,80	1,20
„ gering	13,02	13,00	Lammfleisch	1,80	1,20
†Gerste, gut	14,50	13,70	Butter	2,60	2,00
„ mittel	13,60	12,80	Vier	60 Stück	4,50
„ gering	12,70	11,90	Karssen	1 kg	2,40
†Hafer, gut	16,40	15,20	Hale	„	2,60
„ mittel	15,10	14,00	Zander	„	3,00
„ gering	13,90	12,80	Decke	„	2,40
Nichtstroh	4,32	3,82	Burische	„	1,80
Heu	6,80	4,70	Schafe	„	3,00
Erbsen	40,00	25,00	Stiele	„	1,40
Speisebohnen	50,00	25,00	Breite	per Schock	18,00
Linsen	60,00	20,00			

* ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.

Witterungsübericht vom 4. September 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand min	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad C.	Stationen	Barometerstand min	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad C.
Strombe.	767 R		1 Dunst	16	Haparanda	760 RB		2 halb dd.	11		
Damburg	768 RB		1 bedekt	15	Petersburg	764 RB		1 heiter	13		
Berlin	767 RB		1 wolfl.	18	Cort	758 S		5 bedekt	14		
Kanalf. a. R.	765 R		2 bedekt	19	Herdern	—		—	—		
München	768 ED		1 wolfl.	17	Paris	766 RD		2 wolflig	15		
Wien	768 ED		1 wolfl.	16							

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 5. September 1903. Vorwiegend heiter und trocken, nachts etwas kühl, am Tage warm bei mäßigen östlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Eingegangene Druckschriften.

Keller, Z., „Naturtrieb und Stillheit“ Preis 50 Pf. Verlag von Otto Ruppel, Gagen 1. B.

Singer Nähmaschinen.
Einfache Handhabung! Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!
Weltausstellung Paris 1900: **Grand Prix** höchster Preis der Ausstellung.
Unentgeltlicher Unterricht, auch in moderner Kunstnäherlei.
Cylindermotoren für Nähmaschinenbetrieb.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Berlin W., Leipzigerstrasse 92.

Special-Hut-Engroslager.
Einzelverkauf zu Fabrikpreisen
im Comptoir Neue Königsstr. 48, 1 Treppe, 25212
drittes Haus vom Alexander-Platz.
Größte Auswahl, außerordentlich billige Preise.
Filzhüte für Herren, neue Form, mit Futter M. 1,50, mit Atlasfutter M. 2,—, hochfeine Qualität M. 2,50, extra M. 3,—, beste Qualität M. 4,50.

Hâkim-Cigaretten
sind nach dem einstimmigen Urteil aller Sachverständigen die feinsten 2 Pf.-Cigaretten!
Höchste Leistung!

Baustellen Biesdorf.
Vom 1. Oktober ab Stadtbahnverkehr
trotzdem noch zu billigen Preisen weitere 700 Parzellen, □-Akte 12 Rfl. an Verkäufer auch Sonntags im Restaurant am Bahnhof. Nieschalke, Rieger u. Co., 62/12 Gontardstr. 5.

Waldschlösschen und Fischerhütte mit Muggelseebad.
Jeden Sonnabend u. Sonntag Freisport. Bortzüglicher Ausflugsort für Vereine, Adressen usw. Gerecht im Wald gelegen. 4 Kegelbahnen. Grosse Ausspannung.
60 Fludern, reich aus dem Rand, 3^{1/2} M., franco P. Napp, Ewinenmünde Nr. 56

Costümröcke
prima Verarbeitung, tadelloser Sitz, vorzüglicher Schnitt, in allen Längen und Weiten vorrätig, schwarz und farbig, in den modernsten glatten u. Fantasiestoffen 3,75, 5, 7, 10, 15 Mk. Amerikan. fussfreie Strassenröcke . . . jetzt 5,75, 9, 10 Mk. Gummimäntel, Reismäntel, Regenmäntel . 10, 12, 15 Mk. Neuheiten i. Herbstblusen 3, 5, 7, 150 Mk. Seiden-, Bastseiden- u. Waschseidenblusen jetzt 5, 6, 8 Mk. Jacken u. Blusen-Costüme in neuesten Stoffen u. kleidsamen, neuen Modellen 15, 20 Mk.
Sielmann & Rosenberg
Kommandantenstr., Ecke Lindenstr.

Erkner-Baustellen
Billig, gütig, Zahlung nur 5. Bauer Catholy, Buchhändlerstraße, 5 Min. ab Schule, 62 Stk. bis jetzt der. Rab. Schutz, Rixdorf, Renaustr. 12/13.

Köpenick. Rottbuser Korn
Echten alten empfohlen 25302
Aug. Tauchert, Gastwirt, Müggelheimerstr. 4.

Bereine:
Zimmer für 60 und 20 Personen, auch für Gesangsvereine. Neues Pianino. Dirlsenstr. 39 i. Karl Grosser. Zwölfen Bahnhof Alexanderplatz und Börse. Verkehrslokal des Verbands deutscher Gastwirtegehilfen. Tel. Amt 3, 1813.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 5. September.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus, Figaros Hochzeit, Schauspielhaus, Die Journalisten, Neues Opernhaus, Die Fledermaus.

Wetken, Geflossen, Leistung, Der blinde Passagier, Thalia, Ruchmann Herrschel, Berliner, Wilhelm Tell, Reibens, Lustige Ehemänner, Vorher: Zum Einsiedler, Neues, Eine Frau ohne Bedeutung, Thalia, Der Hochtourist, Deutsch-Amerikanisches, Ueber'n großen Teich.

Anfang 8 Uhr:
Flederspielhaus (Kroll), Lieber, Spiele und Abülen, Witten nach dem Halle, Schiller O. (Wallner-Theater), Der Tallisman, Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstadt), Was ihr wollt, Kleines, Nachtschl, Trianon, Die Rotbrüde, Carl Weiss, Der Fehltritt einer Frau, Lutzen, 100 000 Thaler, Belle-Alliance, Spezialitäten, Apollo, Die Liebesinsel, Spezialitäten, Winter-Garten, Spezialitäten-Vorstellung, Metropol, Neuestes! Allerneuestes! Passage-Theater, Spezialitäten, Reichshallen, Stettiner Sänger, Urania, Taubenstraße 48/49, Von der Zugspitze zum Watzmann, Invalidenstrasse 57/62, Sternwarte, Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Nachtschl.
Anfang 8 Uhr.
Neues Theater.
Schiffbauerdamm 4a-5.
Eine Frau ohne Bedeutung.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Deutsch-Amerikanisch. Theater.
fr. Dantes Theater, Köpenickerstr. 67/68
Anfang 8 Uhr.
Der **Sensationserfolg**
bestätigt durch die gesamte **Berliner Presse.**
Gastspiel **Adolf Philipp Ueber'n großen Teich.**
Der Bille-Vorwerk (ohne Gebühr) findet tägl. a. d. Theaterkasse, Invalidendank u. bei A. Wertheim statt.

Trianon-Theater.
Georgenstraße, zwischen Friedrichs- und Universitätsstraße.
Sonnabend:
Die Notbrücke.
Luisen-Theater.
Anfang 8 Uhr.
100 000 Thaler.
Sonntag: 3 Uhr zu kleinen Preisen: Königin Luise und Das Versprechen hinter'm Herd.
8 Uhr: 100 000 Thaler.
Montag: Das neue Gebot.
Dienstag: 100 000 Thaler.
Mittwoch: Der Warrer von Kirchfeld.
Donnerstag: 100 000 Thaler.

Residenz-Theater
Direktion S. Lautenburg.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Lustige Ehemänner.
Schwan! in 3 Akten von Hans Sachs. Vorher: Zum Einsiedler.
Schwan! in 1 Akt von B. Jacobsohn. Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag: 3 Uhr. Seine Kammerjofe.

Fröhels Allerlei-Theater
fr. Puhmanns Vaudeville-Theater, Schönhauser Allee 148.
Inhaber: Wilhelm Fröbel.
Konzert-, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellungen
m. d. h. g. neuem Künstlerpersonal finden nur noch **Mittwochs, Sonntags u. Montags** statt.
Im Pachtlokal: **Gr. Ball.**
Die Kaffeekeise ist geöffnet von 2 bis 6 Uhr.
Anfang 5 Uhr. Sonntags 4 Uhr.
Mittwoch, den 16. d.: Letzte Vorstellung.
Mittwochs: **Elite-Tag.**
Sonntags: **Gala-Vorstellung.**

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Eröffnung der **Wintersaison**
Gr. Elite-Eröffnungs-Vorstellung. **Das Forsthaus.**
Anfang 8 Uhr. Nach der Vorstellung: **Ball.**
Prater-Theater
Rastantenallee 7/9. Direkt.: M. Kalbo.
Täglich: **Alt-Heidelberg du Feine.**
Liederspiel in 3 Akten von O. Richter. **Konzert und Ball.**
U. a.: Paula Grigatti, Rosäms-Soub. Original Eugen Milardo, Tanzhumorist. **Die Berlings,** die singenden Lustigen.
Neu! **Cabarets Neu!**
Rinlatur Wunder-Händchen.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf., num. Platz 50 Pf.

Urania.

Taubenstrasse 48/49.
Abends 8 Uhr:
Von der Zugspitze zum Watzmann.

Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.

CASTANS Panoptikum
Friedrichstr. 165.

!! Menschliches Doppelwesen:
die zusammen-gewachsenen Schwestern
20 Jahre alt, spielen Violine!

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Gr. Militär-Konzert.
Entree 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf.
Kinder unter 10 J. die Hälfte.

In der Arena:
Raubtier-Spielschule.
6 Löwen, 1 Leopard, 1 Hyäne, 1 Bär. — Vorstellungen:
Wochentags 4-5, 6-7 Uhr,
Sonnt. 12-1, 4-5 u. 6-7 Uhr.
Eintritt: Sperrsitz 1 M.,
Steplatz 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Casino-Theater.
Lothringergasse 37.
Anfang 8, Sonntags 7 1/2 Uhr.
Sonnabend, 5. Sept.: **Premiere.**
Tolle Kadetten.
Vorher das glänz. Eröffnungsprog.
Sonntag: 4 Uhr: **Badekuren.**

Apollo-Theater.
Zum **Die Liebes-Insel**
122. Malo: **Die Liebes-Insel**
mit dem **Briefmarken-Ballett.**
Sensationellen
Neue hervorragende Spezialitäten.
Jean Clermont, Montrell,
Miss Mildred de Grey
amerikanische Barfuß-Tänzerin.
Schwed. Damen-Quintett „Pöttinger“.
Neu! **Sensationell!**
Messlers Biophon
lebende und sprechende Photographie.

Metropol-Theater.
Der grösste Erfolg dieser Saison!
Wiederauftreten
Emil Thomas a. G.
Josef Josephi, Henry Bender,
Frid Frid, Rosa Marten,
Grete Meyer, Müller Linke.
Zum **237. Malo.**
Neuestes! Allerneuestes!
Dramatische Revue in 5 Bildern.
Glänzende Balletts. 300 Mitwirkende.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Carl Weiss-Theater.
Grosse Frankfurter Strasse 132.
Letzte Woche! Letzte Woche!
Der Fehltritt einer Frau.
Anf. 8 Uhr. Morgen: Die Vorstell.
Sonntag: 3 Uhr. Das Geheimnis des roten Gaves.
Im Garten: Neue Spezialit. Anf. 5 Uhr.

Reichshallen
Stettiner Sänger
(Kessl, Pietro, Britton, Steidl, Böhm, Sedemann, Blättner, Schrader u. Eberino jr.)
Anfang: 8 Uhr.
Böckentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Etablissement Buggenhagen
am Moritzplatz.
Jeden Tag:
Konzert
des berühmten Orchesters des Signor Vincenzo Ferraro.
Donnerstag, Sonnabend, Sonntag im Kaiser-Saal: **Tanz.**

CIRKUS BUSCH.

IX. Berliner Saison.
Mittwoch, den 9. September 1903, abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Premiere.

Die weltberühmte Löwen-Dompteuse
Miss Claire Heliot
genannt „Die Löwenbraut“, mit ihrer aus dem Innern Deutsch-Ostafrikas stammenden prächtigen

Löwen-Gruppe.
!! Herr Paul Mündner !!
der volkstümliche Berliner Radfahrer mit seinen in Berlin noch nie gesehenen tollkühnen Produktionen!

Exotischer Dressur-Akt
mit 12 Elefanten, 3 Zebras und 50 Pferden!
!! Eine Hirschjagd !!
geritten mit ca. 20 Voll- und Halbblutpferden.

Direktor P. Busch
mit seinen hervorragenden Neudressuren!
und das übrige Gala-Programm mit durchweg für Berlin neuen und erstklassigen Künstlern und Künstlerinnen. In dieser Gala-Premiere werden insgesamt 123 Pferde, 12 Elefanten, 12 Löwen und 3 Zebras zur Vorführung gelangen.
Billet-Vorverkauf im Invalidendank, Warenhäusern A. Wertheim und an den Cirkus-Kassen.

Passage-Theater
Anf. Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr.

Gastspiel der **LONA**
in ihrer Original-Szene
Im Boudoir.

Das Moto-Mädchen.
Mensch oder Maschine?
Das neue Rätsel für Berlin!
14 erstklassige Nummern.
Auftr. der Lona abends 10 Uhr.

Palast-Theater Feen-Palast.
Burgstr. 22.
früher **Geniesse das Leben.**
Schwan! in 2 Akten von B. Geride.
Musik von H. Commerfeld.
Alfred Getke. Dir.: Rich. Winkler.
Im Spezialitäten-Teil:
Das Beste vom Besten.
Anfang 8 Uhr. Vorher Konzert.
Entree 50 Pf.

Diez' Spezialitäten-Theater
Landsberger Allee 76-77
(Ringbahn-Station).
Ob schön! Ob Regen!
Täglich vollständig neues konkurrenzloses Rosen-Programm.
Orig. Robert A. Bertram sind wieder da. Orig.-Clown Fredoff.
Orig. Tom Bryarly, Fred u. Little Alfons, Eugen Freilberg, Claire Wegener, Mile. Friedrich.
Grosser Ringkampf
Emil Nitschke — Robert Gross.
Zurück von der Tournee aus Russland, fordere ich Ringkämpfer und starke Leute auf, sich mit mir im Ringkampf zu messen und zahle 50 Pf. Prämie, wer im Stunde ist, mich in 30 Minuten zu besiegen.
Nachachtungspool 2468*
Emil Nitschke.
Sonnab., Sonntag, Montag: **Tanz.**
Kaf. Bochent. 5 Uhr, Sonnt. 4 Uhr.

Sanssouci.
Täglich Garten od. Saal:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
Dienstag, 8. September:
Benefiz.
Besonders gewähltes neues Programm.

Königstadt-Kasino.
Volgmarstr. 72, Ecke Alexanderstr.
Täglich: **Franz Sobanski** und das vollständig neue Artistenpersonal. Außerdem:
Die weiße Dame.
Mittw., Sonnab., Sonntag: **Tanz.**
Anf. 7 1/2 Uhr, Sonntags 5 Uhr.

Land- u. Waldparzellen
schönster Lage, nahe dem Bahnhof in Hermsdorf und Glienicke
Rute von 12 M. an, bieten die allerbeste Spargeid-Anlage.
Dickel & Narrasch,
Hermsdorf, Schlossstr. 17.

Brauerei Karl Gregory Aktien-Gesellschaft
Berlin N.
empfiehlt ihre vorzüglichen Biere aus bestem Malz und Hopfen hergestellt, als:
Lager-Bier (goldgelb)
Pilsener Bier (Specialität)
Hofbräu (nach Münchener Art)
in Gebinden und flaschen. 2514 L*

Cirkus Schumann

Heute Sonnabend, 5. September, abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Premiere.

Herr Julius Seeth
mit **25 Löwen**
Morgen Sonntag, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr.
In beiden Vorstellungen: **25 Löwen.**
Nachmittag 1 Kind frei, weitere Kinder halbe Preise.

WINTER GARTEN
Das **Sensations-Programm**
Florence u. Lillian, musik. Nummer.
Anne Dancroy, Pariser Soubrette.
Die drei Macagnos, Szenen im Café.
Florence Moore, amerik. Sängerin.
Mlle. Marguerite, Löwen-Dresseuse.
Das Motogirl, die lebende Puppe.
Lionel Strongfort, Kraftproduktion.
Alexia, Bravourtänzerin.
Die Ten Jochi Truppe, japan. Zauberkr.
Hickey u. Nelson, amerik. Excentrics.
Paul Coste, Bariton von der Gr. Oper in Paris.
Die Jahrmärktsprinzess, Ballett-Div.
Biograph, Bilder des Papstes.

Ostbahn-Park.
Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Stempel, 25362*
Thür-Schilder, Schablonen, Vereins-Abzeichen, Gravierungen.
H. Guttman,
Brunnenstr. 9.
Septbr. u. III 6442

„Mobilia“
Berliner Möbel-Industrie-Gesellschaft m. b. H.
1 An der Jannowitzbrücke 1.
Möbel, Teppiche, Gardinen.
Specialität:
Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen.
Wir gewähren sicheren Leuten ohne Preisaufschlag **leichteste Teilzahlung.**
25372*

Brauerei Karl Gregory Aktien-Gesellschaft
Berlin N.
empfiehlt ihre vorzüglichen Biere aus bestem Malz und Hopfen hergestellt, als:
Lager-Bier (goldgelb)
Pilsener Bier (Specialität)
Hofbräu (nach Münchener Art)
in Gebinden und flaschen. 2514 L*

Special-Geschäft für Uhren

1 neue Uhr-Jeher Ia. 75 Pf.
1 neue Uhr-Stapel ... 15 Pf.
1 neues Uhr-Glas ... 10 Pf.
1 neuer Uhr-Ring ... 10 Pf.
1 neuer Uhr-Keiger ... 10 Pf.
1 neuer Uhr-Schüssel ... 5 Pf.
Neue Uhren in größter Ausw.
Vorzeig. dieses erhält 5%, Rabatt.
E. Möbis, 82 Koppen-Strasse
Von der Reise zurück.
Dr. Eugen Haagen.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Sonnabendabend 8 Uhr:
Der Tallisman.
Dramatisches Märchen in 4 Aufzügen von Ludwig Fulda.
Sonntag: 3 Uhr:
Heimat.
Sonntagabend 8 Uhr:
Der Tallisman.
Montagabend 8 Uhr:
Was ihr wollt.

Schiller-Theater N.
(Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater)
Sonnabendabend 8 Uhr:
Was ihr wollt.
Lustspiel in 5 Akten v. W. Shakespeare
Sonntag: 3 Uhr:
Wilhelm Tell.
Sonntagabend 8 Uhr:
Im weissen Rössl.
Montagabend 8 Uhr:
Der Tallisman.

Sonntag, den 6. September:
Billige Extra-Fahrt mit Musik
nach **Ziegenhals bei Zeuthen,** bis-a-vis Rauchsang, vis-a-vis Rauchsang, werder a. Crostinsee.
Abfahrt vorm. 10 Uhr, Straßener Brücke, Station Kahn & Herzer.
Fahrpreis hin und zurück 60 Pf., Kinder 30 Pf.
25332 **M. Mörchel.**

Sonnabend, den 5. September:
Mondschein-Fahrt
nach **Müggelwerder und Bieberbusch.**
Abfahrt 9 Uhr abends **Michaelbrücke** (Stadtsahndogm).
Fahrpreis hin und zurück 50 Pf.
Sonntag, den 6. September:
Extra-Fahrt nach Müggelwerder.
Abfahrt 10 Uhr vormittags.
Fahrpreis hin und zurück 80 Pf., einfache Fahrt 40 Pf.

Extra-Fahrt nach Müggelwerder.
Abfahrt 10 Uhr vormittags.
Fahrpreis hin und zurück 80 Pf., einfache Fahrt 40 Pf.

Fehlt Ihnen etwas?
für die neue Wohnung, so gehen Sie rechtzeitig in unser Special-Haus. Dortselbst finden Sie eine überraschend grosse Auswahl von Neuheiten in
Teppichen, Portieren, Gardinen, Diwan-, Tisch- u. Steppdecken, Möbel- u. Läuferstoffen etc.
Da wir riesige Waren-Posten gegen Cassa-Zahlung ungemein günstig erworben haben, verkaufen wir obige Artikel zu **wirklich spottbilligen Preisen.**
Teppichhaus
B. Adler & Co.,
Königstrasse 20-21, an der Judenstrasse.

Stempel, 25362*
Thür-Schilder, Schablonen, Vereins-Abzeichen, Gravierungen.
H. Guttman,
Brunnenstr. 9.
Septbr. u. III 6442

„Mobilia“
Berliner Möbel-Industrie-Gesellschaft m. b. H.
1 An der Jannowitzbrücke 1.
Möbel, Teppiche, Gardinen.
Specialität:
Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen.
Wir gewähren sicheren Leuten ohne Preisaufschlag **leichteste Teilzahlung.**
25372*

Brauerei Karl Gregory Aktien-Gesellschaft
Berlin N.
empfiehlt ihre vorzüglichen Biere aus bestem Malz und Hopfen hergestellt, als:
Lager-Bier (goldgelb)
Pilsener Bier (Specialität)
Hofbräu (nach Münchener Art)
in Gebinden und flaschen. 2514 L*

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher Amt VII, 353.

Achtung! Metalldrücker!

Versammlung der Metalldrücker.

Montag, den 7. Sept., abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (gr. Saal):

Tages-Ordnung:

„Wann stellen wir unsere Forderungen?“ Referent: Cohen.

Kollegen! In dieser Versammlung wird der entscheidende Beschluß gefaßt. Es gilt festzustellen, ob die Metalldrücker ernstlich gewillt sind, für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen einzutreten. Schon allein die Zahl der Anwesenden wird und darüber Auskunft geben, darum ist es Pflicht eines jeden Kollegen, der will, daß wir in eine Bewegung eintreten, in obiger Versammlung zu erscheinen.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Achtung! Gürtler!

Versammlung der Gürtler sämtlicher Branchen.

Dienstag, den 8. Sept., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal IV):

Tages-Ordnung:

„Wie sollen unsere Forderungen lauten und wann stellen wir sie?“

Referent: Kollege Adolf Cohen.

Kollegen! In dieser Versammlung soll es sich entscheiden, ob die Berliner Gürtler gewillt sind, für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen einzutreten. Zeigt durch zahlreiches Erscheinen, daß es nur eine Meinung unter den Gürtlern gibt: Eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen!

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Sonntag, den 6. September, vorm. 10 Uhr, in der „Neuen Welt“, Hasenheide 108/114 (im RiesenSaal):

Versammlung aller in den gesamten Siemens-Schuckert-Verker (Siemens u. Halske) beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter.

Tages-Ordnung:

1. „Wie denkt sich die Weltfirma Siemens-Schuckert-Verke einen Arbeiterauschuss?“

Referent: Karl Wiesenthal. 2. Diskussion.

Da sich nun endlich die Direktion zu dem Statut für einen Arbeiterauschuss geäußert hat, gilt es, geschlossen dazu Stellung zu nehmen. Nur wer sich als Arbeiterin oder Arbeiter der Siemens-Schuckert-Verke ausweisen kann, hat Zutritt zu der Versammlung. Die gesamten Direktionen und Beamten sowie die Vertreter der Presse sind zu der Versammlung eingeladen.

Sonntag, den 6. September cr., vormittags 10 Uhr: Morgensprache der Schraubendreher bei Weisel, Wrangelstraße Nr. 136. Die Ortsverwaltung.

Musikinstrumenten-Arbeiter!

Montag, den 7. September 1903, abends 8 Uhr, in den Andreas-Beräfen, Andreasstraße 21:

Grosse öffentliche Versammlung der in der Pianoforte-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tagesordnung: 1. Vortrag über: Unsere Organisationsbestrebungen und die diesjährigen Lohnkämpfe! Ein Mahnruf an die Berliner Kollegenschaft. 2. Diskussion.

Die bei den Frontenmachern außer dem Hause beschäftigten Arbeiter sind ganz besonders eingeladen.

Die Agitationskommission des Fachvereins.

Orts-Frankenkasse der Mechaniker, Optiker und verwandter Gewerbe.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die 8. Wänderung zum Statut, betreffend die Uebernahme von Kosten für die in Erholungsstätten weilenden Mitglieder, vom Bezirksauschuss genehmigt ist.

Druckexemplare dieser Wänderung können im Kassenlokal abgehoben werden.

Berlin, den 4. September 1903.

Der Vorstand.

J. A.: Erh. Schlenker.

Verband der Möbelpolierer.

Vorstands-Sitzung.

Heute, Sonntag, vormittags 10 Uhr, bei Herrn Kühn, Postenstr. 10:

Der Vorstand.

Montag, den 7. September, abds. 8 1/2 Uhr, in Rixdorf, Steinmetzstr. 103:

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Sassenbach über die Entwicklung und den jetzigen Stand der englischen Geviertkassen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Die Kollegen werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.

Das

20 jährige Stiftungsfest

findet am 3. Oktober in Kellers Festsaal, Koppenstraße 29, statt. Einzelkarten sind in obiger Versammlung und jeden Montag, abends 7-8 Uhr, Blumenstr. 38 zu haben. Dasselbst Entgegennahme von Beiträgen und Auszahlung sämtlicher Unterstüßungen.

Die Differenz bei der Firma Hahn u. Reifow in Weihenfer, König-Chaussee 71, ist noch nicht geregelt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Charlottenburg.)

Dienstag, den 8. September, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstraße 3:

Große öffentl. Holzarbeiter-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Roh. Feudel. 2. Verbands-Angelegenheiten.

Zahlreiches Erscheinen aller Holzarbeiter erwartet.

Die Ortsverwaltung.

Central-Verband der Maschinisten und Heizer

sowie Berufsgenossen Deutschlands. Ortsverw. Berlin u. Umg.

Sonntag, den 6. d. M., nachmittags 5 Uhr, bei Voigt, Ritterstr. 75:

Versammlung.

Tages-Ordnung: Beratung der zu stellenden Anträge zu der am ersten und zweiten Osterfeiertage in Halle a. S. stattfindenden General-Versammlung des Central-Verbandes.

Die Ortsverwaltung.

Kontobuch-Arbeiter und Arbeiterinnen!

Montag, den 7. September, abends 8 Uhr:

Große öffentliche Versammlung

aller in Kontobuch-Fabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal I.

Tages-Ordnung: 1. Die stattgefundenen Verhandlungen mit den Prinzipalen und unsere Stellungnahme dazu. Referent: Kollege A. Wagner.

2. Eventuelle Wahl eines Schlichtergerichts.

3. Verschiedenes.

Kollegen und Kolleginnen! In dieser Versammlung soll endgültig Beschluß gefaßt werden, ob die Jungstündnisse anerkannt werden können oder nicht. Dabei ist es Pflicht aller, zu erscheinen. Versäume niemand diese Versammlung.

Die Tarif-Kommission.

Feuersteins Festsäle,

Alte Jakobstr. 75. A. I. 867.

Empfehle meine großen und kleinen Säle

sofort

Veranstaltungen, 100-300 Personen fassend.

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose Horkules tragen. Allein-Verkauf. Sehr starke Ware in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Knappnähte. Haltbare Pilot-Taschen. Große Hüften umfassen. Die Hosen

bei Entnahme von 6 Stück 36 RM.

4 RM. 50

Schwarze Monteur-Jacke 1 RM. 90

Schwarze Monteur-Jacke 1 RM. 50

Schwarze Monteur-Jacke 2 RM. 50

Prima Röder-Gewebe 2 RM. 10

Prima Röder-Gewebe 2 RM. 10

Manchester-Hose 3,50, 5,25, 4,25, 3 RM. 50

Gefütterte Wäsche-Jacke 14.- 9.-

Weiße Felleur-Jacke 3,50, 2 RM. 75

Rondier-Jacke, Dreiflg. 4,25, 3 RM. -

Raler-Mittel 3.-, 2,50, 2 RM. -

Rechanier-Mittel (Braun) 3.-, 2 RM. 40

Weiße Leder-Jacke, Dreiflg. 7,50, 3 RM. 75

Weiße Lederhosen 4,50, 2 RM. 75

Wuschhosen, fest u. schön, 3.-, 1 RM. 75

Die Preise gelten für normale Größen

Baer Sohn

En gros. Export. En detail.

Chausseestr. 24/25, Bräudenstr. 11.

Gr. Franzfurterstr. 20.

Die 21. Reichsliste 1903 wird kostenlos und portofrei zugesandt.

Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittlänge, bei Jacken und Mänteln die Brustweite anzugeben.

1903

Verband von 20 R. an franco.

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

Die englischen Gasanstalten und das Koalitionsrecht.

„Alzu scharf macht scharf.“ das mußte auch die Direktion der englischen Gasanstalten am Donnerstagabend erfahren.

Verbandssekretär Schuberth führte aus: Als im Februar die Kollegen der englischen Gasanstalten in die Organisation der städtischen Arbeiter eintraten, da war die Direktion sofort bei der Hand, die ihr demnächstigen Sprecher der Versammlung zu entlassen.

Diesem Zustande muß ein Ende gemacht werden. Wir wollen uns an die weite Öffentlichkeit wenden und nicht eher ruhen, bis das Koalitionsrecht anerkannt ist.

In Erwägung des Umstandes, daß diese Entlassungen, wie zum Teil von der Betriebsleitung zugelassen wurde, erfolgten, weil die betreffenden Arbeiter sich der gewerkschaftlichen Organisation angeschlossen haben, beschließt die Versammlung, zur Sicherung des Koalitionsrechtes alle erforderlichen Maßnahmen in die Wege zu leiten.

In Erwägung, daß unter den Entlassenen sich solche Personen befinden, die kürzlich im Auftrage ihrer Mitarbeiter bei der Direktion wegen Errichtung von Arbeiterausschüssen vorstellig wurden und in schließlicher Erwägung, daß die Direktion sich diesen sowie anderen billigen Wünschen der Arbeiter gegenüber ablehnend verhielt, erklärt die Versammlung die Handlungsweise der Direktion als im Widerspruch mit den herrschenden guten Sitten stehend und als eine offene und gröbliche Verletzung des gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechtes.

Die Versammelten protestieren nachdrücklich gegen diese Entlassung, die nur im Interesse ausländischer Kapitalisten gegen deutsche Arbeiter und Steuerzahler verbrochen wurde.

Die Diskussion ergab dasselbe Bild im einzelnen, wie es der Referent in großen Zügen dargelegt hatte.

Zunächst sprachen die gemahregelten Gasarbeiter König und Polenske. Beide sind bereits über sieben Jahre bei den englischen Anstalten beschäftigt. Der letztere weist den Wortbruch der Direktion nach, welche seiner Zeit, als man vorstellig wurde, ausdrücklich erklärte, daß bei erstmaligen Verfehlungen eine Verwarnung, beim zweiten Mal schriftlich getadelt und erst beim dritten Mal gefündigt werden solle.

Inzwischen ist folgende Erklärung von Seiten der anwesenden städtischen Arbeiter eingegangen:

Erklärung. Die anwesenden Vertreter der organisierten städtischen Gasanstalts-Arbeiter sprechen gleichfalls ihre Enttäuschung über das schamlose Verhalten der Leitung der englischen Gasanstalten aus. Sie verurteilen dasselbe umso mehr, als die

städtischen Behörden ihren Gasanstalts-Arbeitern ausdrücklich das Koalitionsrecht seit Jahren zugesprochen haben. Die städtischen Gasanstalts-Arbeiter erklären ferner, daß sie ihre Kollegen in den englischen Werken mit allen zu Gebote stehenden Mitteln in ihrem Kampfe um das Koalitionsrecht unterstützen werden.

Keumann ist gleichfalls entlassen worden, weil er für den Verband eingetreten ist. Man gestattete ihm nicht einmal, seine Sachen von der Arbeitsstelle zu holen, er mußte die Polizei requirieren und mit dieser Begleitung erzwang er sich den Eintritt.

Inzwischen ist nachstehender Antrag eingelaufen: Die heutige Versammlung beschließt eine Kommission zu wählen bestehend aus drei Mitgliedern. Sie beauftragt diese Kommission, bei der Direktion der englischen Gaswerke wegen Anerkennung des Koalitionsrechtes und Wiedereinstellung der Entlassenen vorstellig zu werden, und falls dies erfolglos bleibt, das Einigungsamt des Gewerbegerichts schnellstens anrufen.

Börsch: Die Bewegung der Arbeiter in den englischen Gaswerken ist noch nicht sehr alt. Es wurde behauptet, die Bewegung sei hervorgerufen durch den Verband der städtischen Arbeiter. Das entspricht nicht den Thatsachen. Von Seiten der Betriebsleitung war man nicht so fonderlich erfreut, da man schon von der Direktion der englischen Gasanstalten wußte, daß sie das Koalitionsrecht verweigern würde.

Nach einem kräftigen Schlusswort des Referenten werden Resolution, Erklärung und Beschluß einstimmig angenommen und in die Kommission werden Weiß, Krieger, Röhr und Caretta gewählt. Mit brausendem Hoch auf den Verband schließt die Versammlung.

Schellfische in allen Grössen 15-25 Pf. pro Pfd.

Cabliau ohne Kopf 20 Pf., im Anschnitt 22 Pf. pro Pfd.

Seelachs 15 Pf., im Anschnitt 20-22 Pf. pro Pfd.

Alle Fischarten sind infolge grosser Fänge soeben in grossen Mengen eingetroffen. Die mannigfachen Zubereitungen sind aus dem umfangreichen Seefisch-Kochbuch, das jeder Käufer gratis erhält, ersichtlich.

Ein Versuch mit diesen äusserst schmackhaften Fischen ist jeder Hausfrau zu empfehlen.

Ebenfalls in frischer Ware sind die nebenstehend verzeichneten Fische eingetroffen.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“. Hauptfiliale: Bahnhof Börse, Bogen 8-10, Filiale II: Prinzenstr. 30 (am Moritzplatz) und Niederlage: Madalstr. 22 (im Schlessischen Bahnhof).

Table with 2 columns: Fish name and price. Includes items like Steinbutt, Seezungen, Heilbutt, Austernfisch, Goldbarsch, Gerlucherte Flundern, Seelachs, Schellfisch, Roche.

Marinierte Seefische zu billigsten Preisen.

Wollen Sie vorteilhaft kaufen?

So kaufen Sie nach Gewicht! Ich führe nur erstklassige Marken und notiere bis auf weiteres ab m. Lagerplatz Berlin O., Brombergerstr. 15/16 (königl. Ostbahnhof).

A. B. Koch, Berlin O., Kohlen-Grosshändler.

Dr. Schönemann Spezialarzt für Haut-, Haar- und Frauenleiden, Seydelstr. 9.

Verkehrs = Verbilligung

G. m. b. H.

Geschäftsstelle Leipzigerstr. 6, I.

Inseraten - Acquisiteure!

Wir suchen für unser neues Unternehmen tüchtige, gewandte Herren, welche nachweislich mit Erfolg acquiriert haben, gegen hohe Bezüge zu engagieren. Schriftliche Offerten an die Geschäftsstelle, Leipzigerstr. 6, I.

Verkehrs = Verbilligung

G. m. b. H.

Advertisement for Jos. Gremmer's Wwe. Landshut, Bayern. Erste und Älteste Brasiltabakfabrik. Includes details about tobacco products and prices.

Advertisement for Kufekes Kindermehl. Features a circular logo and text: 'Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei & leiden nicht an Verdauungsstörung. Hervorragend bewährt bei Brechdurchfall, Darmkatarrh, Diarrhoe etc.'

Advertisement for watch repairs: 'Jede Uhr zu reparieren und reinigen kostet bei mir unter Garantie des Ganges nur 1 Mk. 50 Pf., außer Bruch, keine Reparaturen billiger. Gehees Lager in Ihren Goldwaren. Ketten zu erstaunlich billigen Preisen. Zufaten-Training, 900 gsch. 1/2, Zufaten 15,50, 2 Zufaten 20,50. Für sämtliche Waren schriftliche Garantie. Acht Rathenower Brillen, Ginevez, Operngläser. 1907' T. STOLZ, Chausseest. 78, P. Stolz, Badstr. 57.

Advertisement for Carl Stier clothing. 'Preis-Liste von Carl Stier Fabrik für Herren- und Knaben-Garderoben Berlin SO., Oranienstrasse 166. Potsdam, Nauenerstrasse 23. Zur Einsegnung: Anzug aus schwarzem Crèpe-Cheviot je nach Grösse 12-19 Mk. Anzug aus Diagonal-Kammgarn-Cheviot je nach Grösse 12-19 Mk. Anzug aus Satin-Kammgarn je nach Grösse 12-19 Mk. Anzug aus feinem Rips-Kammgarn je nach Grösse 15-22 Mk. Anzug aus Diagonal-Cheviot je nach Grösse 16-22 Mk. Anzug aus Kammgarn-Cheviot je nach Grösse 18-24 Mk. Anzug aus mittelschwerem Rips-Kammgarn je nach Grösse 21-27 Mk. Anzug aus Satin-Kammgarn je nach Grösse 21-27 Mk. Anzug aus hochfeinem Kammgarn-Cheviot je nach Grösse 21-27 Mk. Anzug aus elegantem Rips-Kammgarn, mittelschwer je nach Grösse 23-29 Mk. Anzug aus bestem wollenen Kammgarn-Cheviot je nach Grösse 26-32 Mk. Anzug aus hochelegantem Twild, prima Qualität je nach Grösse 30-36 Mk. Anzug aus hochfein. schmalgerippten Caracrow-Kammgarn je nach Grösse 30-36 Mk. Anzug aus sehr feinem Tuch-Kammgarn, hocheleganter je nach Grösse 30-36 Mk. Die Anzüge sind sehr sauber gearbeitet, tadelloss sitzend, ein- oder zweireihig, und ersetzen vollständig Massarbeit. Die Preise sind streng fest und auf jedem Gegenstand für jedermann lesbar angegeben, ein Feilschen und Handeln findet nicht statt. Carl Stier Berlin SO., Oranienstrasse 166. Potsdam, Nauenerstrasse 23.

Vereinszimmer, 100 Personen fassend, Montag u. Dienstag frei. Telefon: Amt IV 553 Oranienstr. 190. Inh.: Max Kürsten.

Dr. Simmel, Prinzenstr. 41, Spezialarzt für Haut- und Haarleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12. 2-4. Von der Reise zurück. 1905 Dr. Gustav Bradt Wienerstr. 20.

